Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk., durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld, durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg. für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 282 | Freitag, den 12. Dezember 1919 | 46. Jahrg.

Der zweite deutsch-demokratische Parteitag in Leipzig.

Von Prof. Gerland.

Zum zweiten Mal treten die Delegierten unserer Partei zur gemeinsamen Beratung zusammen, und, wie das erste Mal, erwarten nicht nur wir, sondern auch unsere Gegner das Ergebnis des Parteitages mit aufmerksamer Spannung. Denn wiederum wie in den Julitagen raunt es hier und dort, daß Gegensätze unter uns vorhanden wären, die unvermittelt und leidenschaftlich aufeinanderplatzen dürften und kaum überwunden werden könnten. Daß Gegensätze in den Einzelfragen bei uns vorhanden sind, wird niemand leugnen. Wie sollte das auch anders sein bei einer Partei, die den letzten Grund der Überzeugung nicht in der Autorität des von außen an den einzelnen herangetragenen Befehles findet, sondern in dem eigenen Gewissen, in der eigenen Verantwortlichkeit, die niemand uns einzelnen abzunehmen vermag? Und die Gegensätzlichkeit der Ansichten ist ferner um so begreiflicher, als unsere Partei, wie immer wieder gesagt werden muß, nicht etwa die Partei eines einzelnen Standes, einer einzelnen Interessengruppe, sondern des ganzen Volkes sein will, dessen sich vielfach durchkreuzende Interessen auszugleichen ihre eigenste Aufgabe ist. Da mag ein solcher Ausgleich, der seinem inneren Wesen nach Opfer von beiden Seiten verlangt, beide Seiten nicht voll befriedigen, und erbitterte Worte, wie man sie in der Übertreibung des Kampfes leicht ausspricht, mögen gebraucht sein und werden. Allein, wenn erst der Ausgleich abgeschlossen ist, wenn von dem Einzelinteresse, dessen Vertretung bei der Ausgleichshandlung notwendig und gerechtfertigt war, sich der Blick wieder dem großen Ganzen und seinen Zielen zuwendet, dann wird man auch dem anderen Standpunkt gerecht werden. Man wird einsehen, daß nicht nur man selbst, sondern auch der andere nachgegeben hat, und man wird in dem Gedanken an die Zukunft unseres Vaterlandes den Mut und die Freude finden, auch die neuen Wege zu wandeln, die man einzuschlagen sich zunächst nur ungern entschließen konnte. Und dann wird der Gegner die Überraschung erleben, daß die, die sich eben noch im redlichen Bemühen um das Beste, nicht der Partei, sondern des Volkes, bekämpften, wieder Hand in Hand dastehen, als lebendige Phalanx zum Schutze der Errungenschaften unserer neuen Verfassung, der freien Gleichberechtigung aller im Dienste des Vaterlandes stehenden Volksgenossen.

Nie aber war Einheit unserer Partei nötiger als jetzt. Die äußere Spannung hat eine Schärfe angenommen, die das unbedingte Zusammenhalten des ganzen Volkes gebieterisch erheischt. Tritt unsere Partei nicht geschlossen, einheitlich hinter ihre Führer, wie sollten eben diese Führer die Autorität haben, der sie so dringend bedürfen im Kampf gegen französische Anmaßungen? Aber auch die innerpolitische Lage fordert gebieterisch Einheit. Immer kühner erhebt die Reaktion ihr Haupt und läßt die Ziele erkennen, die sie verfolgt, und die in erster Linie auf die **Unterdrückung des freien Bürgertums** hinauslaufen. Cliquen, deren geistiger Wert durch den Marlohprozeß in eine unerhörte Beleuchtung gerückt ist, wagen mit der Phrase der Lüge das deutsche Volk noch einmal zu täuschen, dessen Niederlage die Folge ihrer Politik war. Stehen die Fragen, die hier zur Entscheidung kommen, nicht höher als die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen? Und auf der anderen Seite rüstet der Gegner von links zum letzten entscheidenden Endkampf. Man lasse sich nicht täuschen. Der Bolschewismus ist nicht tot, und die Verhandlungen des Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratie, sind sie nicht ein einziger Kampfesruf gegen die heutige Kultur und Wirtschaft? Wenn aber nicht eine entschlossen liberale, sozial denkende große Partei vorhanden ist, die auf dem Boden der Demokratie und der individualistischen Weltauffassung entschlossen bereit ist, **den Klassenkampf von innen heraus zu überwinden**, indem sie beide zu vereinigen sucht, den Unternehmer und den Arbeiter, die nicht etwa eine Mittelpartei genannt werden darf, weil sie ja gerade die alten Parteitagschablonen mit ihrer ausschließlich wirtschaftlich-egoistischen Orientierung verwirft, weil sie die große linke Partei in der neuen Zeit des überwundenen Klassenkampfes sein will und muß —, wenn, sage ich, eine solche Partei nicht vorhanden ist, so kann nichts die Radikalisierung der Massen aufhalten, nichts das Wiederentflammen des Klassenkampfes in Formen, die nicht mehr evolutionär sondern lediglich revolutionär sein werden. Das sollten doch alle die bedenken, die in wirtschaftlicher Hinsicht zu sehr am Alten hängen. Denn was nützt ihnen das Gesetz mit allen seinen Gedanken, wenn die tatsächlichen Werte in dem Flammenbrand der Katastrophe hoffnungslos zusammenbrechen?

So glaube ich, wird kluge Staatskunst und der Drang der Notwendigkeit die widerstrebenden Ansichten in unserer Partei unter das große Prinzip des Ausgleichs zwingen. Und da demokratische Weltauffassung die Achtung vor der Gegenauffassung, vor dem Gegenrecht bedingt, so wird der Kampf um den Ausgleich unserer Partei nicht das Beste nehmen, was sie ihr eigen nennt: das Vertrauen der einzelnen zu einander und zu den großen politischen Zielen, denen unser Programm in so schöner Form Ausdruck verliehen hat. Die drei großen Ziele, die wir erreichen und vielmehr noch, die wir bewahren müssen, wie sind sie so unabhängig von den kleinen Interessen des einzelnen, wie stehen sie so leuchtend und weltfern über jedem Egoismus: die Idee des Volksstaats, die Idee des Kulturstaats, die Idee der sozialen Gerechtigkeit.

Wir treten in Leipzig zusammen, der Stadt der großen Erinnerungen, der nationalen Erhebung, des Kampfes um die Freiheit. Viele träumen in leicht begeisterten Phantasien schon heute von einem neuen 1813. Aber sie übersehen, daß vor dem Jahre 1813 die Jahre 1807 bis 1812 lagen. Vor dem Kampf um die Freiheit der Kampf um den Wiederaufbau! Und diesen Kampf müssen wir führen, den schweren Kampf gegen alles das, was diesen Aufbau verhindern will; was in teils ehrlicher, teils unehrlicher Absicht die Ursachen zum Zusammenbruch des Alten nicht im Alten selbst erblicken will! **Aber wollen wir wieder frei werden, so müssen wir erst wahr sein.** Der Kampf, den unsere Partei in erster Linie zu führen berufen ist, ist der **Kampf gegen die Lüge der alten Zeit, durch die wir in dies ungeheure Schicksal gekommen sind. Ihn reinen Herzens, erhobenen Hauptes zu führen, das neue Staatsbewußtsein zu basieren auf das neu zu gründende sittliche Bewußtsein, das ist die höchste Aufgabe, die unserer Partei gestellt werden kann.** Und wenn wir in diesem Sinne unsere Verhandlungen in Leipzig führen, dann wird der Geist von 1813 bei uns lebendig werden, dann können wir auch der Zukunft gläubigen Herzens vertrauen; **denn einem so geläuterten Volk kann kein Schicksal die Freiheit versagen.**

Die Drohung mit der militärischen Aktion.

Rotterdam, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet aus Paris: Der große Alliiertenrat wird sich erst am Sonntag über die Maßnahmen schlüssig machen, die von Marschall Foch für die alliierten Armeen verlangt worden sind. Eine nochmalige Note geht nicht an Deutschland ab. — Wie der Mailänder Secolo aus Paris meldet, wird Marschall Foch am kommenden Sonntag die Ermächtigung zur Kündigung des Waffenstillstandes erhalten.

Die Belgier verlangen die Milchkühe.

Brüssel, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Die Medizinisch-chirurgische Gesellschaft wendet sich in einer Resolution gegen den Versuch englischer Personen, die Milchkühe für Deutschland im Interesse der deutschen Kinder zu retten. Die Gesellschaft fordert auf, sich strikte an den Friedensvertrag zu halten.

Keine Grenzschließung Belgiens.

Brüssel, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) „Libre Belgique" dementiert die Nachricht, der zufolge die Grenzen Belgiens gegen Holland und Deutschland geschlossen worden seien.

Die militärisch-politische Zurückziehung der Amerikaner.

Wien, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Das „Neue Acht-Uhr-Abendblatt" meldet: Die Amerikaner ziehen sich nicht nur aus Paris, sondern aus ganz Europa vollständig zurück. Der General und Vertreter Amerikas in Budapest hat bereits seine Abberufung in der Hand und wird sehr bald abreisen. Auch die Wiener amerikanische Mission wird ihre Tätigkeit in den nächsten Tagen abschließen und Europa verlassen. Selbstverständlich bezieht sich dieser Rückzug der Amerikaner in Europa nur auf die politischen und finanziellen Missionen. Die amerikanischen Wohltätigkeitseinrichtungen bleiben dagegen bestehen.

Ein Protest des bayerischen Königs.

München, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Der frühere König von Bayern hat, wie der Bayer. Kur. erfährt, schriftlich nachdrücklich Protest dagegen eingelegt, daß über sein Privateigentum, Marstall, Wagen, Privatgestüt usw., verfügt und die Bestände öffentlich versteigert werden. Der Plan ist infolgedessen aufgegeben worden.

Der Streit um Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Für die Herausgabe des bekannten 3 Bandes der Bismarckschen Erinnerungen sind zwischen dem Vertreter des Kaisers und dem Verlag Cotta Vergleichsverhandlungen eingeleitet worden, die auf eine gütliche Lösung schließen lassen.

Eine Klage gegen die „Freiheit".

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Oberstaatsanwalt Krause teilt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der unabhängig-sozialistischen Zeitung „Freiheit" wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Weißmann und des Staatsanwalts Dr. Zumbusch, enthalten in einem Artikel der Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

Steuerzahlen der Ausländer im besetzten Gebiet.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Wie die „B. Z." meldet, werden die Angehörigen der alliierten Mächte, gemäß einer Entscheidung der interalliierten Rheinlandkommission, soweit sie im Rheinlande leben, alle Steuern und Zölle zu bezahlen haben, wie sie von den Deutschen bezahlt werden. Unter diesen Entscheid fallen auch die zahlreichen ausländischen Niederlassungen mit ihren Millionenumsätzen.

Die Anklage Erzbergers gegen Helfferich.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Mit Rücksicht auf Pressemeldungen teilt der Oberstaatsanwalt Krause mit, hinsichtlich des Strafverfahrens gegen Dr. Helfferich, wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger, daß die Akten mit der Anklage bereits am 9. Dezember d. J. der Strafkammer zur Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugegangen sind. Die Hauptverhandlung dürfte Ausgang Januar spätestens Anfang Februar nächsten Jahres stattfinden.

Rücktritt des Weimarer Oberbürgermeisters.

Weimar, 11. Dez. Der Oberbürgermeister von Weimar, Dr. Donndorf ist infolge verschiedener ärgerlicher Vorkommnisse und aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückgetreten.

Die Rückkehr der Baltikumtruppen.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Aus Königsberg wird gemeldet: Die deutsche Legion hat Podocki in Stärke von 5000 Mann erreicht. Die Spitze der Eisernen Division hat bei Bayoren, Gorski und Peiskaiven in Gesamtstärke von etwa 6400 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bis Podocki ist an die Litauer übergeben worden. Die Letten betreiben die Bahnstrecke Libau-Skudi. General Niessel hat ausdrücklich zugesagt, auch nach durchgeführter Räumung nach dem 13. Dezember die deutschen Grenzen nirgends überschreiten werden.

Ein Bündnis Koltschaks mit Japan.

Helsingfors, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Aus Wladiwostock wird berichtet: Die Meldung von einem Bündnis des Generals Koltschak mit der japanischen Regierung wird durch Erklärungen des japanischen Generals Takfaki bestätigt. Japan wird danach Koltschak Truppen senden, ohne daß es eine Kompensation dafür verlangt. Es strebe nur ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland an. (Die Kompensation kommt ganz von selbst, wenn die Japaner erst mal in Rußland sind.)

Englische Arbeiter wollen nach Rußland.

London, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Kongreß der „Trade Union" beschloß, von der Regierung die Ausstellung von Pässen für die vom Kongreß nach Rußland zu entsendende Kommission zu fordern. Diese Kommission soll dort eine Untersuchung über die Lage anstellen.

Friedensfragen.

Beratungen der Entente-Noten.

Berlin, 10. Dez. Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten besprach eingehend die letzten Noten der Entente und die darauf zu gebende Antwort. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen wohnte auch der Reichskanzler der Sitzung bei. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Die Antwort auf die letzte Note der Entente unterlag am Mittwoch abend neuerdings der Beratung des Kabinetts. Man hält daran fest, daß sie mit denkbar größter Beschleunigung abgeschickt werden soll. Ob dies aber am Mittwoch noch möglich sein wird, ist zweifelhaft. Unmittelbar nach der Note sollen, wie bereits mitgeteilt wurde, besondere Sachverständige nach Paris entsandt werden, um der Entente die Unmöglichkeit nachzuweisen, die gesamten 400 000 Tonnen sofort auszuliefern. Genannt werden als Führer dieser Kommission Herr v. Simson und als Mitglied u. a. der demokratische Fraktionsvorsitzende Petersen. Indessen hat das Kabinett auch darüber noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen.

Die Alliierten erwarten Antwort in acht Tagen.

Genf, 10. Dez. Ein Havaskommentar zu der Note an Deutschland besagt, daß die Alliierten die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Versailler Vertrag durch Deutschland in angemessener Zeit verlangen. Als angemessene Frist erachten die Alliierten eine Zeitdauer von längstens acht Tagen.

Foch wollte schon marschieren.

Paris, 10. Dez. Über die Vorgänge, die sich in der Sonnabend-Sitzung des Obersten Rates der Alliierten abspielten, wird überall strengstes Stillschweigen bewahrt. Selbst die amerikanischen Journalisten, die sonst von den Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation über alle Beratungen genau unterrichtet wurden, mußten sich diesmal mit Andeutungen begnügen. Mit einiger Sicherheit lassen sich aber die Vorgänge folgendermaßen darstellen:

Freitag hatte Clemenceau die amerikanischen Delegierten zu überzeugen vermocht, daß sie fest zu den Alliierten stehen müßten, wenn nicht das ganze Versailler Friedenswerk auseinanderfallen solle. Das könnten doch die Amerikaner nicht wünschen, da sie damit Wilsons Werk den Todesstoß gäben. Da gleichzeitig aus Washington Meldungen eingetroffen waren, Wilson wolle die Vorbehalte des Senats annehmen, und Clemenceau seinerseits erklärte, Frankreich werde ihnen zustimmen, so glaubte der Führer der amerikanischen Delegation, Polk, dem Ultimatum an Deutschland zustimmen zu können. In diesem Sinne wurde nach Washington gekabelt. Sonnabend morgen trafen aus Washington zwei weitere Nachrichten ein:

1. daß Wilson unheilbar krank sei, und der Senat eine Feststellung herbeiführen wolle, ob er wieder imstande sein werde, die Staatsgeschäfte weiterzuführen;

2. daß das Repräsentantenhaus allen Wirrungen hinsichtlich des Friedens ein Ende machen werde, indem die republikanische Mehrheit den Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklären werde. Diese Nachrichten mußte Polk am Sonnabend dem Obersten Rat der Alliierten mitteilen, wodurch eine völlig neue Lage geschaffen war. Marschall Foch und Polk wurden gebeten, das Sitzungszimmer zu verlassen. Die bereits beschlossene Note an Deutschland wurde abgeändert. Der neuen Note wurde der Charakter eines präzisen kurzfristigen Ultimatums genommen und formale Zugeständnisse hinsichtlich des Schlußsatzes des Protokolls gemacht. Daß der Text dieser Note nicht bereits Sonnabend der deutschen Delegation verlautbart wurde, hat seinen Grund darin, daß Polk erklärte, nicht mehr auf eigene Faust handeln zu können, sondern die Note erst nach Washington zu kabeln, damit sie von Lansing und Marshall gebilligt werde. Wenn Clemenceau sich bestimmen ließ, von Fochs Plänen abzurücken, so hat daran zweifellos auch die niederschmetternde Nachricht Anteil, die Loucheur aus London mitbrachte. Nicht einmal Versprechungen wegen Kohlen oder Geldhilfe gab man ihm. Auf die englisch-französische Freundschaft fiel jedenfalls ein kalter Wasserstrahl. „Eclair" macht England dafür verantwortlich, daß Fochs Wille nicht durchdrang, und der Waffenstillstand nicht sofort aufgekündigt wurde.

Ein neutrales Urteil über die Politik der Entente gegenüber Deutschland.

Basel, 11. Dez. Zu den beiden letzten Ententenoten schreibt die „Basler Nationalzeitung" u. a.: Von Deutschland wird die Übergabe auf Gnade oder Ungnade verlangt. Das Recht wird ihm verweigert. Deutschland hat mit furchtbarer Enttäuschung sehen müssen, daß der Friede, mit so schweren Opfern unterzeichnet seine Lage nur verschlechtert. Die Ansicht, daß es schlimmer nicht mehr kommen kann, ist in Deutschland allgemein. Der Entente wünscht man mit Recht die volle Verantwortung aufzuladen, wobei sie bald erfahren dürfte, daß sie in eine Sackgasse geraten ist. England sei schon ernüchtert und sehe Frankreichs Absicht, im Rheinland eine Protektoratsrepublik zu errichten und die Industrie zu kontrollieren, mit scheelen Augen an. Die Entente spiele ein sehr gefährliches Spiel, das zu einer raschen Krise im brüchigen Verband führen könne. Bald werde sich entscheiden, ob Deutschland ein Ende mit Schrecken oder einen Schrecken ohne Ende will.

Ankündigung einer Note über das Baltikum.

Der „Lyoner Progres" meldet aus Paris: Im Anschluß an die bisherigen Noten ist eine weitere Note an Deutschland über die Baltikumfrage in Beratung des Alliiertenrates. Auch die neue Note unterliegt noch den Bestimmungen des Waffenstillstandes.

*

Neutrale Fürsprache für unsere Kriegsgefangenen

Die Baseler Preßinformation meldet aus Paris: Von neutraler Seite sowie von pazifistischen Vereinen aus aller Welt wurde beim Obersten Rat angeregt, die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich das Weihnachtsfest in Freiheit begehen zu lassen und ihnen über die Feiertage jede Art von Erleichterungen zu gewähren. Die amerikanischen und italienischen Delegierten haben den neutralen Vorschlag befürwortet.

Der Untersuchungsausschuß der Entente.

Die „Times" melden aus Paris: Der Untersuchungsausschuß über die deutschen Verbrechen im Kriege ist am Sonnabend im Alliiertenrat gebildet worden. Der Ausschuß wird auf 40 Mitglieder gebracht werden und sofort nach der Ratifikation des Friedens seine Tätigkeit beginnen.

Vor Aufhebung der Ostseeblockade?

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Oberste Rat beabsichtigt die Ostseeblockade in den nächsten Tagen aufzuheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0001

Die Verteilung der deutschen Kabel.

Nach einer Meldung in englischen Blättern hat der amerikanische Senat einen Gesetzentwurf angenommen, der den Präsidenten zur Einberufung einer internationalen Verkehrskonferenz ermächtigt, die sich u. a. mit der Verteilung der deutschen Kabel beschäftigen wird.

Die deutsche Valutakonferenz.

Berlin, 10. Dez. Die vom Reichsfinanzminister Erzberger einberufene ständige Valutakommission trat im Reichsfinanzministerium zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Mitglieder der Kommission erklärten sich grundsätzlich zur Mitarbeit bereit. Erörtert wurde insbesondere die Frage der allgemeinen Valutapolitik. In einer demnächst stattfindenden zweiten Sitzung sollen die Verfassung und Organisation des ständigen Ausschusses festgestellt und in die Einzelberatungen eingetreten werden.

Französischer Hohn.

Paris, 11. Dez. Der „Avenir“ sagt zu der Note der Entente, sie sei außerordentlich sanft und ohne Kraft. Das Protokoll sei jetzt hohl und fast ohne Inhalt. Es unterliege keinem Zweifel, daß Deutschland es mit Begeisterung lieber zweimal als einmal unterzeichnen werde.

Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlament.

Wie das „Berl. Tageblatt“ von unterrichteter Seite über die Beratung im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch erfahren haben will, ergab sich die nahezu volle Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Regierung und denen der Parlamentarier. Die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Frage der Ablieferung der 400 000 Tonnen Werftmaterial wurde gutgeheißen, und der Vorschlag, eine Fachkommission unter Leitung des Geheimrats von Simson nach Paris zu senden, um der Entente an der Hand eines genauen Verzeichnisses des in unserem Besitz befindlichen Materials die Unmöglichkeit ihrer Forderungen darzustellen, angenommen.

Zur Lage im Reiche.

Krisis in der preußischen Regierung.

Aus Berlin wird berichtet: Innerhalb der Preußischen Landesversammlung scheint sich eine kleine Krisis anzubahnen. Jedenfalls ging aus den Verhandlungen des Schulausschusses der Preußischen Landesversammlung hervor, daß das Zentrum droht, den Austritt aus der Koalition vorzunehmen, falls sein Antrag zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Charakters der Lehrerbildungsanstalten und zur Sicherung der Zugehörigkeit der Geistlichen zur Ortsschulbehörde nicht durchgehen würde. Zunächst allerdings versucht man, einen Ausweg aus der Krisis zu finden.

Forderungen der Danziger Regierungs-Beamten.

Danzig, 11. Dez. Die Regierungsbeamten in Danzig sandten an das Staatsministerium ein Telegramm, in dem um schleunige Bekanntgabe der Übernahmebedingungen in die Verwaltung des Freistaates ersucht wird. Die Regierungsbeamten fordern die Rücktrittsmöglichkeit in preußischen Dienst mindestens innerhalb von 5 Jahren und die Gleichstellung im Gehalt mit den Freistaatsbeamten, die teilweise schon jetzt ein doppelt so hohes Gehalt wie die Staatsbeamten haben.

Zurückziehung der Reichswehr aus Bitterfeld.

Berlin, 11. Dez. Der Reichswehrminister hat Befehl gegeben zur Rücknahme der Truppen aus dem Bitterfelder Bezirk mit Ende der Woche.

Eisenbahndiebstähle in Höhe von 135 Millionen Mark im Direktionsbezirk Kattowitz.

Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Kattowitz: Die erschreckenden Verhältnisse, die auf der Eisenbahn Platz gegriffen haben, werden in einem Aufruf der Eisenbahndirektion Kattowitz beleuchtet, in dem mitgeteilt wird, daß im Direktionsbezirk Kattowitz im letzten Jahre bei der Eisenbahnverwaltung 135 Millionen Mark als Ersatz für gestohlenes Eisenbahngut gezahlt werden mußte. Um diesen Übelständen abzuhelfen, wurde dort ein besonderes Dezernat gebildet.

Hauptmann von Kessel verhaftet.

Wie wir aus Berlin hören, wurde Hauptmann von Kessel, der bekannte Zeuge im Marloh-Prozeß, am Mittwochnachmittag in seiner Wohnung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Gegen die chauvinistische Verhetzung in Schleswig.

Berlin, 11. Dez. In einer dänischen Agitationsversammlung in Schafflund bei Flensburg war es durch dänische Herausforderungen zu Ausschreitungen gekommen. Der Staatskommissar Köster richtete infolgedessen einen Aufruf an die Bevölkerung, gegen die überhandnehmende chauvinistische Verhetzung der Heimat sich zu wehren.

Mehr Kohlen für die Kali-Industrie.

In Hannover tagte eine Konferenz der Arbeiterausschüsse sämtlicher Kaliwerke der Provinz. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Regierung dringend ersucht, der Kaliindustrie mehr Kohlen zu besorgen und mehr Eisenbahnwagen zu stellen.

Politische Übersicht.

Österreich.

Tirol und der Anschluß an Deutschland.

Wien, 11. Dez. Wie der Korrespondenz Herzog aus Innsbruck telegraphiert wird, werden in der morgigen Sitzung des Tiroler Landtages die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen gemeinsam eine Anfrage an die Entente richten, ob diese dem Lande Tirol wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen wolle, da es sonst gezwungen würde, seine wirtschaftliche Existenz durch Anschluß an das Deutsche Reich bezw. an Bayern zu sichern.

Belgien.

Sperrung der belgischen Grenzen.

Brüssel, 11. Dez. Die Zeitungen melden, daß die Grenzen gegen Holland und Deutschland gesperrt sind.

Karnevalverbot in Belgien.

Brüssel, 11. Dez. Der Brüsseler „Soir“ meldet, der Bürgermeister von Brüssel habe auch in diesem Jahre den Karneval verboten.

Amerika hat kein Geld für Belgien.

Brüssel, 11. Dez. Die Brüsseler „Gazette“ meldet: Die Verhandlungen der belgischen Regierung in Amerika, eine Anleihe zu erhalten, haben sich zerschlagen. Das liberale Blat führt den Abbruch der Verhandlungen auf das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zurück.

Frankreich.

Einstellung des Personenverkehrs in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Der Direktor des amtlichen Transportwesens erklärte einem Vertreter des „Temps“, daß wegen der Kohlennot mit einer völligen Einstellung des Personenverkehrs in Frankreich zu rechnen sei. Diese würde aber nicht vor Januar stattfinden.

Clemenceau alleiniger Präsidentschaftskandidat.

Paris, 11. Dez. Clemenceaus Freunde haben es fertiggebracht, Deschanel zur Annahme der Ministerpräsidentschaftskandidatur zu bewegen. Sowohl Millerand wie die anderen Bewerber haben persönliche Erklärungen abgegeben, daß sie zugunsten Deschanels auf diesen Posten verzichten wollen. Sonach bleibt für die Kandidatur des Präsidenten der Republik Clemenceau allein ohne Konkurrenz übrig.

Rumänien.

Rumänien hat den Friedensvertrag unterzeichnet.

Paris, 11. Dez. Nachmittag hat General Coanda, der Präsident der rumänischen Friedensdelegation, den österreichischen und bulgarischen Friedensvertrag und die Zusatzprotokolle zum österreichischen Friedensvertrag unterzeichnet.

Nordamerika.

Der nordamerikanische Bergarbeiterstreik beendet.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Der Bergarbeiterstreik ist beendet. Der Bund der Bergarbeiter hat die Vorschläge Garfields, des Kohlenkontrolleurs, angenommen. Die Einzelheiten sollen am Dienstag geregelt werden. Das Kohlenausfuhrverbot soll aufgehoben werden.

Amerika hilft nur den alliierten Mächten.

Haag, 11. Dez. „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung eine finanzielle Unterstützung in Dollar zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa nicht für möglich hält, da die amerikanischen Kriegsgesetze nur Vorschüsse an die Alliierten gestatten, und die Regierung zögert, den Kongreß um eine Ausnahme zu ersuchen.

Der Konflikt zwischen Nordamerika und Mexiko.

Haag, 11. Dez. Wie „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, sagt die Denkschrift über die mexikanische Frage, die dem Präsidenten Wilson am Freitag vom Senator Fall vorgelegt wurde, u. a., daß von mexikanischen Extremisten und amerikanischen Revolutionären die Inszenierung eines allgemeinen Bergarbeiter- und Metallarbeiterstreiks in den Vereinigten Staaten geplant werde, der dazu benutzt werden sollte, in den Vereinigten Staaten durch Besetzung eines Hafens an der mexikanischen Küste und zweier Häfen am Atlantischen Ozean und durch die Errichtung einer neuen Hauptstadt in Colorado eine Revolution hervorzurufen. Fall versicherte, daß die Regierung Carranzas von diesen Plänen wisse und sie unterstütze.

Deutschland.

Aus dem Betriebsräte-Ausschuß.

Berlin, 10. Dez. Im Betriebsräte-Ausschuß der Nationalversammlung wurde in der heutigen Sitzung unter anderm ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einstimmig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung zwischen Fabrik und Heimarbeiter herbeigeführt wird. Weiter wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag eine Änderung in den Bestimmungen über die Anzahl der Betriebsratsmitglieder getroffen, die als Höchstzahl 30 festsetzt.

Programm des Ministers für Volkswohlfahrt.

Berlin, 11. Dez. Anläßlich eines Empfangsabends im Festsaal seines Ministeriums legte der Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald sein Programm dar. Er wies auf die Wichtigkeit der Hebung unserer zusammengebrochenen Volkskraft, die Neuregelung des Medizinalwesens, die Beseitigung der dringendsten Wohnungsnot und auf die Pflege und Stärkung der Volksgesundheit hin. Auf dem Gebiete der Jugendpflege soll das Verantwortlichkeitsgefühl in der Familie durch unsere Arbeit gestärkt werden. Die positiven Kräfte in der Frauenwelt sollen in der Ausbildung und im Beruf von Gemeindeschwestern, Jugend-, Waisen- und Fabrikpflegern vereint werden. Für die verschiedenen Gebiete der Wohlfahrtspflege beabsichtigt er Beiräte zu bilden, die den lebendigen Zusammenhang des Ministeriums mit allen interessierten Kreisen des Volkes sichern. Zum Schluß rief der Minister zur Einfachheit und zur Sparsamkeit, zur politischen und bürgerlichen Toleranz auf.

Gegen die Südlinie des Mittellandkanals.

Berlin, 11. Dez. Eine am 10. Dezember im Berliner Rathause stattgehabte Versammlung der Gemeindebehörden und kaufmännischen Körperschaften Berlins und aller Nachbarstädte, sowie der Städte Potsdam, Brandenburg und Magdeburg erklärte sich gegen die Ausführung der Südlinie; nur eine der nördlichen Kanallinien, in erster Linie die von Professor Franzius bearbeitete Mittellinie würde den Interessen der Allgemeinheit dienen.

Abreise der amerikanischen Friedensdelegation.

Paris, 11. Dez. (Havas.) Die amerikanischen Friedensdelegierten Polk, White und Bliß sind gestern in Brest an Bord eines amerikanischen Dampfers gegangen.

Aufnahme des Dampferverkehrs Bremen-London.

Bremen, 11. Dez. Die deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Argo wird demnächst ihren regelmäßigen Verkehr zwischen Bremen und London wieder aufnehmen. Zunächst fährt am 26. Dezember der Dampfer „Elberfeld“ von Bremen nach London.

Anständige Kampfesweise.

Ein Wort der Entgegnung vom Abg. Schreiber.

Die „Hallische Zeitung“ beschäftigt sich in einer Zuschrift von deutschnationaler Seite mit „meiner Kampfesweise“ gegen die Deutschnationalen. Auf Grund eines Zeitungsberichtes über einen von mir in Merseburg gehaltenen Vortrag wird gegen mich der Vorwurf erhoben, ich hätte eine „leichtfertige und objektiv unwahre“ Behauptung aufgestellt. Nach einem Bericht des „Merseburger Korrespondenten“ über jenen Vortrag soll ich gesagt haben: „Die Deutschnationalen hetzen auf dem Lande gern gegen die Juden. — Die Deutschnationalen nehmen aber mit dem größten Vergnügen Gelder von den Juden! Wenn die jüdischen Kreise ordentlich an die Deutschnationalen blechen, dann sind sie ihnen willkommen.“

Ähnliche Äußerungen vor mir seien, so meint die deutschnationale Seite in der „Hallischen Zeitung“, ihr auch aus anderen Versammlungen berichtet worden. — In der Tat habe ich ähnliche Äußerungen in Merseburg und auch anderwärts getan, aber diese Äußerungen sind weder leichtfertig noch unwahr. Auch die entrüstete deutschnationale Seite wird genug von Versammlungs-Berichterstattung verstehen, um zu wissen, daß die Wiedergabe der Rede eines vollkommen frei und temperamentvoll sprechenden Redners nicht wortgetreu zu sein pflegt, sondern nur den Gedankengang darstellt. Es verrät daher allzudeutlich die Absicht, einem Gegner etwas am Zeuge zu flicken, wenn man ihm auf Grund eines Zeitungsberichtes, ohne ihn vorher zur Stellungnahme aufzufordern, in aller Öffentlichkeit den schweren Vorwurf der Leichtfertigkeit und Unwahrhaftigkeit macht, und sei das auch nur in bedingter Form. Man rechnet offenbar damit, daß die Entgegnung des Angegriffenen nicht allen denjenigen zu Gesicht kommt, die die Bezichtigung gelesen haben, und so bleibt doch vielleicht wenigstens etwas an dem verhaßten Gegner hängen. Es gehört ja anscheinend nun einmal zu der bedauernswerten Verwilderung der politischen Sitten bei uns zu Lande, daß man die Person des politischen Gegners verdächtigt, wenn die Gründe gegen die vom ihm vertretene Sache versagen. Es soll offenbar jedem anständigen Menschen die Beschäftigung mit Politik nach Möglichkeit verekelt werden.

Was ist nun an der Zuschrift von deutschnationaler Seite wahr?

Wahr ist, daß ich in Merseburg gesagt habe: „Die Deutschnationalen hetzen auf dem Lande gern gegen die Juden.“ Das ist die volle Wahrheit, und ich hätte noch hinzufügen können, daß sich diese Hetze nicht nur auf das Land beschränkt. Ich habe ferner gesagt: „Es ist merkwürdig, daß die Deutschnationalen zwar gegen die Juden hetzen, ihr Geld aber anscheinend nicht ungern nehmen.“ Und zum Beweise dieser Behauptung habe ich Bezug genommen auf jenen Brief des Herrn Hergt, des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der unlängst die Öffentlichkeit beschäftigte. Dieser Brief des deutschnationalen Führers wurde veröffentlicht in der „Nationalliberalen Koresponденz“, dem amtlichen Organ der Deutschen Volkspartei, die gerade bei uns in Halle als die Zwillingsschwester der Deutschnationalen Volkspartei von dieser selbst gefeiert wird. Wenn nun diese „Nationalliberale Korrespondenz“ in neuerer Zeit gelegentlich auch ihrerseits Grund zu haben glaubt, über den Ton der deutschnationalen Agitation zu klagen, so spricht das gewiß nicht dagegen, daß sie über die Verhältnisse in der deutschnationalen Schwesterpartei zuverlässig unterrichtet ist. Jener Brief des Herrn Hergt ist obendrein im Parlament Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen, ohne daß er irgend wie abgeleugnet oder in anderem Sinne interpretiert worden wäre, als er von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ verstanden worden ist. Herr Hergt schreibt in diesem Briefe an ein jüdisches Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei wörtlich folgendes:

„Sie haben den bisherigen Verhandlungen des Hauptvorstandes über die antisemitische Frage regelmäßig beigewohnt und wissen über die Gründe, wegen deren das Programm sich auf die bezüglich der Konfession darin enthaltenen Punkte beschränken mußte, und über die Schwierigkeiten, zu einer präzisen Fassung zu kommen, genau Bescheid. Ich kann daher meine Verwunderung nicht unterdrücken, daß sie gleichwohl auf eine gegenwärtig unmögliche Lösung der Frage, etwa in Ihrem Sinne, drängen. Viel leichter würde es mir scheinen, wenn die Herren jüdischer Abstammung, die auf unserem Boden stehen, und sich der Partei auch nach außen zurechnen, durch ihr Verhalten, durch ihre Propaganda und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die von ihr erstrebte Stellung in der Partei und die Sicherung ihrer Verhältnisse bei derselben erkämpften. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn ich auch von Ihnen statt der beiden Schreiben Beweise dafür erhalten hätte, daß Sie gleichfalls von der Wichtigkeit dieser Auffassung durchdrungen sind und sich entsprechend betätigen.“

Die Unterstreichungen in diesem Briefe, die auf den Rat deuten, daß sich die Juden durch Geldopfer für die Deutschnationale Partei unentbehrlich machen sollen, rühren nicht von mir her. Und nun bitte ich jeden urteilsfähigen Wähler meines Wahlkreises, selbst zu entscheiden, ob ein Wort von dem, was ich in Merseburg und auch noch anderwärts über den Antisemitismus der Deutschnationalen ausgeführt habe, leichtfertig oder unwahr ist. Nach diesem Brief steht fest, daß die Deutschnationalen zwar gegen die Juden hetzen, daß sie ihnen aber als Mitglieder ihrer Partei willkommen sind und daß sie ihnen selbst den Rat geben, sich durch ihre Opfer die Stellung in der Partei zu erkämpfen, die sie gegenwärtig nicht haben, eben weil sie offenbar nicht genug opfern. Es wäre im Interesse der Deutschnationalen sicherlich besser gewesen, gerade an dieses heikle Kapitel nicht zu rühren.

Zum Thema „Kampfesweise“ ganz allgemein seien mir noch folgende Bemerkungen gestattet:

Ich gehöre zu denjenigen Politikern, die mit dem schmerzlichsten Bedauern feststellen, daß unser deutsches Volk in weiten Kreisen die traurige und trostlose Lage, in der es sich infolge des verlorenen Krieges befindet, noch so wenig begriffen hat, daß es sich inmitten seines Unglücks den verhetzendsten und zersetzendsten Kampf der einzelnen Parteien gegenüber gestattet, als wenn es mitten im Frieden lebte und als wenn nicht angesichts der ungeheuren Gefahr, die unser Volk bedroht, jeder einzelne Deutsche mit seinen Volksgenossen zusammenstehen müßte, um in gemeinsamer nationaler Front gegen die Feinde unter Zurückstellung alles Trennenden am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mit allen Kräften zu schaffen. Ich würde es daher begrüßen, wenn ich nicht durch fortgesetzte gehässige Angriffe auf meine Partei gezwungen wäre, einen Teil meiner Arbeitskraft auf die Abwehr gegnerischer Unterstellungen zu verschwenden. Und auch die Deutschnationalen würden sicherlich unserem Vaterlande besser dienen, wenn sie statt unermüdlicher Erörterung der Schuld an unserem Elend und statt unfruchtbarer Opposition ihre Kraft mit allen anderen Deutschen aufbauender Arbeit widmen würden. An dem unwürdigen Gezänk der Parteien kann sich unser frierendes Volk weder erwärmen, noch unser hungerndes Volk seinen Hunger stillen. Hier hilft nur die Tat, die keinen Aufschub duldet, und einmütiges Zusammenstehen, das durch vergiftende Zwietracht nicht gestört wird. Das sind die Gedanken, die die Arbeit meiner Partei leiten.

Vorläufig haben jedenfalls diejenigen, deren Redner nach Versammlungsberichten unsere gegenwärtigen Minister „elende Lumpen“ nannten und die seit Monaten in einem marktschreierischen Plakatfeldzug ihre ganze Kraft und Weisheit daran verschwenden, uns deutsche Demokraten in der demagogischsten Weise anzugreifen und herabzusetzen, kein Recht, sich über die erzwungene Abwehr dieser Angriffe und über die Kampfesweise anderer zu beklagen.

Provinz und Umgegend.

† Kassel, 10. Dez. Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich auf der hiesigen Industriebahn Kassel—Holländisches Tor—Bettenhausen zugetragen. Während des Rangierens des ersten Güterzuges (Abstoßen beladener Güterwagen usw.) auf dem Anschlußgeleise der Buntpapierfabrik von Philipp Schnell in der Hegelsberger Straße vor dem Holländischen Tore sprangen eine Anzahl Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, noch im letzten Moment vor den von der Lokomotive abgestoßenen Güterwagen über die Schienen der Anschlußgeleise hinweg. Zwei Arbeiter hatten aber die Entfernung zu gering taxiert, sie stolperten bei dem Überspringen, kamen unglücklicherweise zu Falle, gerieten unter die Räder und wurden beide überfahren. Dabei wurde dem Arbeiter Bruno Teichgräber aus dem benachbarten Dorfe Harreshausen der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der andere Arbeiter Ludwig Kuhfuß wurde ebenfalls schwer verletzt.

† Leipzig, 10. Dez. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich am Dienstag auf dem Hauptbahnhofe. Als der 6,15 Uhr früh von Grimma kommende Arbeiterzug auf dem Bahnsteig 21 langsam in die Halle einfuhr, sprang während der Fahrt eine ältere Frau trotz wiederholter Mahnung der Mitreisenden aus dem Abteil. Sie verfehlte jedoch die Rampe und geriet mit den Beinen zwischen das Trittbrett und die Rampe. Durch das langsame Fahren wurde schließlich der ganze Körper in den schmalen Raum gezogen und eine ganze Strecke geschleift. Hilfsbereiten Eisenbahnbeamten und Mitreisenden gelang es, mit einer Brechstange die Unglückliche zu bergen. Leider war infolge der Quetschung des Körpers der Tod schon eingetreten.

*

Der Verband der unteren Post- und Telegraphen-Beamten

hielt am 9. Dezember von vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr im St. Nikolaus in Halle seinen Bezirkstag ab. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Dürrfeld-Halle wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Sie war sehr umfangreich und konnte nur durch streng gewahrte Verbandsdisziplin abgewickelt werden. Im Vordergrunde standen natürlich Organisations- und Standesfragen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bevorstehende Personalreform den unteren Postbeamten das bringen müßte, worum sie jahrzehntelang vergeblich gerungen und gekämpft haben: Aufstieg für alle Tüchtigen, ohne irgendwelche Schranken. Nebenher müßte eine ausreichende Bewertung und Bezahlung erfolgen, um auch diejenigen sicherzustellen, die von der Personalreform nicht den gewünschten Nutzen hätten. Die Aussichten wurden im allgemeinen als befriedigend angesehen, wenn auch wahrscheinlich nicht alle Wünsche bei der traurigen Finanzlage des Reiches erfüllt werden könnten. Weiter wurde das Mitbestimmungsrecht für die berufenen Vertretungen der Beamtenschaft (die Beamtenräte) als unerläßlich gefordert. Die Beamtenschaft ist gewillt, neben diesem Rechte auch die dazu gehörige Verantwortung voll auf sich zu nehmen. — Die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder (Otto, Rothe und Zander, sämtlich aus Halle) wurden durch Zuruf wiedergewählt. Alle künftigen Bezirkstage sollen bis auf weiteres in Halle abgehalten werden. Als Abgeordnete zum nächsten Verbandstage wurden die Herren Dürrfeld und Hoyer-Halle und Wisotzki-Wittenberg gewählt. Der Verband zählt zurzeit rund 130 000 Mitglieder; der Bezirk Halle 2600. Die Mitgliederzahl wächst täglich. Verschmelzungen mit anderen Berufsverbänden sind in naher Zukunft zu erwarten, so daß inbezug auf Standesarbeit erfreuliche Erfolge aufzuweisen sind

---

Merseburg und Umgegend.

11. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Maßnahmen zur Bergung der Hackfruchternte.** Das Landwirtschaftsministerium hat die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte telegraphisch ersucht, alle Maßnahmen zur Bergung der Hackfruchternte zu treffen, wie Beurlaubung von Schulen, Gründung von Arbeitskommandos. Die Landwirte sollen angeregt werden, geeignete Vorarbeiter in die Städte zu entsenden, zur Auswahl der sich für die Landwirtschaft eignenden Erwerbslosen.

** **Unterbringung der Flüchtlinge aus dem Baltikum.** Wie von der Zentrale für Rückwanderer mitgeteilt wird, hat ein Flüchtlingsstrom von ungefähr 10 000 Seelen aus dem Baltikum die ostpreußische Grenze überschritten, unter denen sich voraussichtlich zahlreiche Landleute befinden, die in Arbeiterstellen unterzubringen sind. Gesuche um Zuführung von Rückwandererfamilien seitens der Herren Landwirte sind sofort an die Zweigstelle des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer in Magdeburg, Poststraße 8, zu richten.

** **Einlösung von Guthabenscheinen ehemaliger Kriegsgefangenen.** In der vorliegenden Nummer unserer Zeitung veröffentlicht die Versorgungsstelle (früher Bezirkskommando) in Weißenfels eine wichtige Bekanntmachung, die wir der genauesten Beachtung aller in Betracht kommenden Leser empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0002

** **Deutscher Monistenbund (D. M. B.) Ortsgruppe Merseburg.** Auf Sonntag, nachmittag 5 Uhr, ladet die Ortsgruppe nach Müllers Hotel (am Bahnhof) zu einer Gedächtnisfeier für Ernst Haeckel ein. Haeckel der ein Schüler des hiesigen Gymnasiums war, ist als Unversitätsprofessor in Jena durch seine biologischen und entwicklunggeschichtlichen Studien weltbekannt und berühmt geworden. Die Ortsgruppe feiert ihn als Forscher und Gelehrten sowie als Gründer des Deutschen Monistenbundes. Die Gedächtnisrede hält der langjährige Freund und Mitarbeiter Haeckels, Universitätsprofessor Heinr. Schmidt-Jena, zurzeit Vorsitzender des Deutschen Monistenbundes. Die Feier, zu der jedermann bei freiem Eintritt eingeladen ist, wird durch musikalische Darbietungen eine besondere Weihe erhalten.

*

Mehrausgaben beim städtischen Elektrizitätswerk.

Der Magistrat beschließt, folgenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen:

Die beim Haushalt des Elektrizitätswerkes für 1918 entstandenen Mehrausgaben, und zwar:

1. bei Teil II Ziffer 1	5,92 M
2. bei Teil II Ziffer 2	117,36 M
3. bei Teil II Ziffer 3a	337,92 M
4. bei Teil II Ziffer 3c	67,61 M
5. bei Teil II Ziffer 3e	139,— M
6. bei Teil III Ziffer 1	771,04 M
7. bei Teil III Ziffer 2a	14 440,73 M
8. bei Teil III Ziffer 2b	3,40 M
9. bei Teil IV Ziffer 3	15 228,43 M
10. bei Teil V Ziffer 5	459,06 M
11. bei Teil VII	27 070,02 M
12. bei Teil IX Ziffer 2	907,93 M
13. bei Teil IX Ziffer 3	2 104,91 M
zusammen:	51 653,33 M

werden für begründet erachtet und nachbewilligt.

Begründung: Die Mehrausgaben sind in der Hauptsache infolge der in großer Zahl ausgeführten Neuanschlüsse entstanden. Durch diese Neuanschlüsse entstanden z. B. Mehrkosten für Beschaffung von Lampen, Zählern, Motoren usw. Auch der Bezug von elektrischem Strom wird naturgemäß größer. Ferner mußten mehr Monteure eingestellt werden. Im einzelnen sind die Überschreitungen in der Anlage bei jedem Titel begründet. Die bei den einzelnen Ausgabetiteln nachzubewilligenden Beträge stellen also keine Verluste dar, denn die Mehrausgaben sind durch entsprechende Mehreinnahmen zum größten Teil gedeckt.

*

Über die Waffenstillstandsverhandlungen in Bukarest und Spaa

sprach Mittwoch abend in der Deutschnationalen Volkspartei hier Major Duesterberg-Halle. Der Besuch war bedeutend mäßiger als beim letzten Vortrag Posadowskys. Rechtsanwalt Dr. Rademacher leitete ohne Begrüßung der Erschienenen mit kurzem Hinweis auf die dunklen Wolken vom Westen und die jetzige Apathie des Volkes den Abend ein und erteilte das Wort Major Duesterberg, der folgendes darlegte: Der Bukarester Frieden hatte zur Folge, daß Bulgarien austrat, weil es in territorialen Forderungen nicht befriedigt wurde. Deutschland und Österreich hatten starke wirtschaftliche und Ungarn territoriale Forderungen, die zufriedengestellt wurden. Mißgestimmt gingen auch die Türken vom Verhandlungstisch in Bukarest wegen der Norddobrudscha. Dem deutschen Unterhändler Kühlmann fehlte die eiserne Pflichttreue und die innige Liebe zum deutschen Volke. Graf Czernin zwang ihn in seine Gefolgschaft, die österreichisch-ungarische Diplomatie ging ihre eigenen Wege hinter der deutschen. Es war aber Deutschland, das Rumänien besiegt hatte; Radoslawow war dem Bündnisgedanken treu ergeben, ebenso Talaat-Pascha. Der rumänische Vertreter verhandelte bald mit Graf Czernin allein und spielte die Deutschen gegeneinander aus, so daß die Oberste Heeresleitung eingreifen mußte, weil Kühlmann seinem Privatvergnügen nachging. Nach dem Bukarester Frieden wurde in Bulgarien von Malinow systematisch und leider mit Erfolg vorgearbeitet. Die Unterstützung, die Deutschland seinen Verbündeten gewährte, ist bis an die Grenze des Menschenmöglichen gegangen. Die bulgarische Armee war aber durch die riesige Korruption in Sofia von allen Mitteln entblößt. Im Sommer 1918 wurde von den bulgarischen Sozialisten der Termin für den Abfall Bulgariens mitgeteilt. Die Oberste Heeresleitung bot mit allen Mitteln neue Kräfte für Bulgarien auf, aber vergebens. Am 8. August 1918, dem schwersten Tage des Heeres, an dem bei der 2. deutschen Armee zurückgehende Truppen neu eingesetzten das Wort „Streikbrecher" zuriefen, kehrte er zur Obersten Heeresleitung im Westen zurück. Die Zersetzung beim deutschen Heere hatte schon ganze Divisionen ergriffen. Am 14. August fand ein Kronrat statt, in dem Staatssekretär Hintze Vortrag über die politische Lage hielt. Hindenburg und Ludendorff kamen zu der Überzeugung, daß, nachdem die Verhetzung der Armee in diesem Grade eingetreten war, ein militärischer Sieg nicht mehr zu erreichen war. Der Kaiser schloß sich diesen Ausführungen an und machte den Vorschlag, man solle warten, bis sich die militärische Lage wieder gesetzt habe und dann einen Friedensschritt mit Hilfe der Königin der Niederlande unternehmen. Das wurde verhindert durch Österreich-Ungarn, das uns entgegen aus Prestigegründen den Friedensschritt von sich allein machen wollte. In ausführlicher Weise ging er dann auf die Zersetzung der Armee ein, die mit dem Hilfsdienstgesetz eingesetzt habe. Die Erfüllung der Pflicht wurde abhängig gemacht von Lohnsteigerungen, denen man nachkam. Dagegen wurde die Löhnung der Soldaten draußen nur nach und nach in geringem Umfange etwas gebessert. Schwerste Mißstände bildeten sich im Leben in der Etappe und in der Heimat. Die Regierung mußte rücksichtslos eingreifen und Aufklärung schaffen, was sie vorher jahrzehntelang nicht getan hatte. Unsere Wünsche nach einem Propagandaministerium verhallten, man hatte ja Erzberger, der fünfmal vergeblich eingezogen wurde, überall umherreiste und immer mehr wußte, der 1917 die Friedensresolution einbrachte und unserem Volke damit den Rücken brach, der Czernins Geheimbericht in die Öffentlichkeit brachte und dadurch auch den Verständigungsfrieden verdorben hat. Die Unabhängigen entfalteten eine allgemeine Hetze durch Flugbläter in der Heimat und an der Front. Die Kieler Matrosen wurden schon 1917 von Dittmann und Frau Tietz durch persönliche Anweisungen zur Meuterei aufgefordert. 1918 traten Joffe und Radak mit Millionen von Rubeln und Flugblättern in die Verhetzung ein. Ihre großen Diners bis zu zehn Gängen mit den Unabhängigen blieben den Arbeitern verborgen. Im Hauptausschuß wurde nur geredet, so daß die Oberste Heeresleitung endlich das Waffenstillstandsangebot verlangen mußte. Als wir unterschrieben, hatten wir in der Heimat über 600 000 wehrpflichtige junge Männer und Hundertausende Deserteure, die nicht kämpfen wollten. Wenn sie eingezogen worden wären, hätten wir die Maaslinie noch halten können. 3¼ Millionen Truppen zogen in Ordnung bis zum Rhein, dort wurde das ruhmreiche Heer von den Sozialisten und dem Zentrum aus Angst in Atome aufgelöst. Der Einfluß Wilsons ist mit dem Niedergang Deutschlands gesunken. Das ist vollkommen verkannt worden, besonders von Erzberger. Die Waffenstillstandsverhandlungen in Spaa verliefen in eisiger Kälte und die Feinde hatten unsern Militarismus in strengster Form. Nach seiner persönlichen Ansicht hätte der Kaiser an der Spitze seiner Truppen den Tod suchen müssen. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen im Walde von Compiegne hatten die deutschen Vertreter nach dem Eintreffen der Revolutionsnachricht überhaupt nur mehr zu unterschreiben. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier wurden wir dadurch, daß Erzberger die Verhandlungen über die Handelsflotte dem englischen Wunsche gemäß als zivile führte und Foch sie nachher als militärische erklärte, unsere Handelsflotte los. Das einzige Mittel, die Weltrevolution herbeizuführen, war die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags, zu neuer militärischer Machtaufwendung war bei den Feinden keine Stimmung. Auch Scheidemann sagte: Er habe die Nachricht bekommen, die Feinde wären bereit gewesen, die Bedingungen zu mildern. Er erinnerte zum Schluß zahlenmäßig an die ungeheuren blutigen Opfer Deutschlands, die uns und allen Parteien zurufen: Lebet und arbeitet für unser Vaterland, daß es wieder zum Aufstieg kommt.

Lebhafter Beifall erscholl und der Vorsitzende dankte dem Redner. Herr Rademacher schloß dann ohne Diskussion den Abend mit einem Hoch auf das Vaterland.

Um das Letzte vorweg zu nehmen: Wir sehen aber auch garnichts davon, daß die Rechtsparteien „leben und arbeiten für das Vaterland" außer in den Wahlaufrufen und Flugblättern vom Dezember 1918 und Januar 1919! An die Regierungsparteien bedarf es doch wohl nicht der Mahnung des Herrn Duesterberg, der nur eine wacklige Rechtfertigung für die Oberste Heeresleitung zusammenbraut. Und die Alldeutschen und Annektionisten, die den Verteidigungskrieg umfälschten? Und die heimkriegende Vaterlandspartei? Und das Spiel mit dem ruhmvollen Untergang für die Alldeutschen in den sicheren „Unterständen"? Die Niederlage an der Marne 1914 und die Verdun-Niederlage im Dezember 1916? Der „kniezwingende" U-Bootkrieg und die Amerikaner? Das Hindenburgprogramm und der Riesenwucher der Schwerindustriellen — siehe Denkschrift Horten —? Hunger und Wucher und die Zusammenbrüche Bulgariens, Österreich-Ungarns und der Türkei? Die Ausführung der Osterbotschaft und der Julibotschaft? Es ist genug — es ist genug. Die einen haben den Patriotismus in weltschreiendem Erbpacht und die anderen tun die Arbeit im Dienste des neuen freien Vaterlandes. Auch ein ganz angenehmes Verfahren, nur nicht schön und national. **S.**

*

Elternbeiräte für die Schulen.

In Nr. 12 des amtlichen Schulblattes veröffentlicht die Regierung die Satzungen für die Elternbeiräte an Schulen und die Wahlordnung für diese Beiräte. Die Kreisschulinspektoren werden angewiesen, unverzüglich wegen der Herbeiführung der Wahl der Elternbeiräte das Erforderliche zu veranlassen.

Elternbeiräte werden an jeder Schule gebildet. Sie sollen die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus fördern und vertiefen. Der Elternbeirat setzt sich nur aus Vertretern der Elternschaft zusammen. Der Leiter der Schule und die Mitglieder des Lehrerkollegiums nehmen an den Sitzungen des Elternbeirats stets nur mit beratender Stimme teil. Die Wahl des Beirats erfolgt in geheimer Verhältnislistenwahl. Die geringste Mitgliederzahl ist 5; auf je 50 Kinder einer Schule entfällt ein Beiratsmitglied. Die Wahldauer beträgt zwei Jahre. Jedes Elternbeiratsmitglied muß ausscheiden, sobald sein Kind die Schule verläßt. An seine Stelle rückt der nächste Kandidat der betr. Liste.

Halbjährlich findet mindestens eine Sitzung des Elternbeirats statt. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung bezüglich des Schulbetriebs, der Schulzucht usw. sind. Mit Zustimmung der Eltern soll bei schwerwiegenden Verfehlungen eines Schülers oder einer Schülerin vor dessen Verweisung von einer Schule oder sonstigen Bestrafung vorher der Elternbeirat gehört werden.

Die Gesamt-Elternversammlungen zur Klarstellung wichtiger Fragen beruft der Elternbeirat in Verbindung mit dem Lehrkörper.

*

Vortrag über die Südlinie des Mittellandkanals.

Wir verweisen nochmals auf den für unsere Stadt und ihre gesamte Umgegend so wichtigen Vortragsabend über die Südlinie des Mittellandkanals am heutigen Abend in der „Funkenburg". Der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals, Gheimrat Stegemann-Braunschweig, wird in ausführlicher Weise über den gesamten Plan der Südlinie sprechen. Der Besuch ist frei.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 12. Dezember.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen von Vogel und Näther.

Roßfleisch für die Ordnungsnummern 1901—2100 Feld 4 der Roßfleischkarte bei Möbius (Tiefer Keller 1) von 2—4 Uhr: Ordnungsnummern 2101—2400 bei Hoffmann (Brühl 6) von 2—5 Uhr.

Frischfleisch: 100 Gramm für jeden Versorgungsberechtigten auf städtische Fleischmarken.

---

§ **Lauchstedt**, 11. Dez. Am vergangenen Sonntag hielt der Obst- und Gartenbauverein Bad Lauchstedt und Umgebung seine Monatsversammlung ab. Kreisgärtner Reichel-Merseburg hielt einen Vortrag über die Aufnahme der Nährstoffe und ihre Umwandlung in der Pflanze. Gleichzeitig wurde der Versammlung ein Bericht über die stattgefundene Gründung des Kreisverbandes der Obst- und Gartenbauvereine gegeben. Hierauf wurde den Mitgliedern nochmals der Lehrgang für Obstschnitt und Obstbaumpflege empfohlen. In dieser Woche am Montag und Dienstag wurde ein Lehrgang abgehalten. Die praktischen Übungen des Obstschnittes erfolgten in den Gärten der Teilnehmer. Spalier-, Buschobst, Hochstämme, frisch gepflanzte Bäume, sowie Beerenobststräucher wurden von dem Leiter des Lehrganges, Kreisgärtner Reichel, sachgemäß und in leicht verständlicher Weise behandelt. Ferner wurden ältere Bäume verjüngt und zum Veredeln abgeworfen. Jeden Abend wurden erläuternde Vorträge über die praktischen Übungen sowie über Schädlingsbekämpfung, Obstbaumpflege, Obstsortenkunde usw. gehalten. Die 16 Teilnehmer erhielten in der kurzen Zeit soviel Anregungen und Belehrungen, daß anderen Gemeinden des Kreises nur empfohlen werden kann, einen gleichen Lehrgang abhalten zu lassen.

Wetterwarte.

B. W. am 12. 12.: Ziemlich trübe, Schnee, nahe Null. — 13. 12.: Wechselnd bewölkt, bisweilen Schnee, leichter Frost.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Schöffengericht Merseburg.** Der Arbeiter Walter L. in Merseburg war angeklagt, am 14. Juli 1919 den Landwirt Taniewitz in Meuschau körperlich mißhandelt zu haben. Der Beschuldigte fehlte ohne Entschuldigung, weshalb das Gericht seine Vorführung zum nächsten Termin beschloß. — Der galizische Arbeiter Vinzenz N. aus Keuschberg war beschuldigt, gemeinschaftlich mit dem nicht zu ermittelnden Arbeiter Wippich am 1. Juni 1919 in der Nähe von Dürrenberg aus einem Bauerngehöft 4 Enten gestohlen zu haben. Seine Strafe wurde auf eine Woche Gefängnis festgesetzt. — Die verheiratete Arbeiterin Anna P. aus Merseburg stand unter der Anklage, im November 1918 in Merseburg gewerbsmäßig Unzucht getrieben zu haben und zwar mit Gefangenen. Das Gericht erkannte auf eine Haftstrafe von 2 Wochen. — Der Vorarbeiter Heinrich G. aus Merseburg war angeklagt, am 10. August 1919 auf dem Bahnhofe in Merseburg den Schaffner Eduard Gerlach beleidigt, denselben auch mit der Begehung eines Verbrechens bedroht zu haben, weshalb er mit 60 M oder 6 Tagen Gefängnis bestraft wurde. — Der Arbeiter Karl K. aus Lennewitz stand unter der Anklage, im August 1919 den Gendarmerie-Wachtmeister Schwarzlose durch den Inhalt eines an diesen gerichteten Briefes beleidigt zu haben. Nach Ansicht des Gerichts hatte K. in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, weshalb seine Freisprechung erfolgte. — Einspruch gegen ihnen zugestellte amtsrichterliche Strafbefehle hatten erhalten: 1. Witwe Stefanie Z. aus Merseburg, 2. Arbeiter Paul B. aus Merseburg, 3. Kutscher Max E. und Otto A. aus den Leuna-Werken, 4. Frau Martha M, geb. Graf, jetzt in Böckum, früher Leuna-Werken, 5. Arbeiterin Martha Sch. in Merseburg. Den Bestraften wurden folgende Straftaten zur Last gelegt: Zu 1.: Verkauf von Butter zu höheren als den festgesetzten Höchstpreisen; zu 2.: Diebstahl von Kartoffeln aus der Miete des Rittergutes Kriegsdorf; zu 3.: Diebstahl von 39 bezw 16 Pfund Weizen in den Leuna-Werken; zu 4.: Diebstahl von 4 Schürzen, 2 Frauenhosen, 1 Frauenjacke und 16 Handtüchern, der Badischen Anilin- und Sodafabrik gehörig; zu 5.: ihrer Mitarbeiterin Martha Zonderdick in der Flur Rössen ein Paar Handschuhe im Werte von 40 M und ein Paar Strümpfe im Werte von 6 M entwendet zu haben. Das Gericht gelangte zu folgenden Erkenntnissen: Zu 1.: Freisprechung, da es sich um Auslandsbutter handelte, für welche Höchstpreise nicht festgesetzt waren; zu 2.: Vertagung und Vorladung von Zeugen zum nächsten Termin, da der Beschuldigte die Tat bestreitet; zu 3. wurden die im Strafbefehl festgesetzten Strafen von 2 Tagen Gefängnis bei E. und 1 Tag Gefängnis bei A. bestätigt; zu 4. wurde die Strafe auf 2 Wochen Gefängnis ermäßigt; zu 5. erfolgte Bestätigung der im Strafbefehl festgesetzten Gefängnisstrafe von 3 Tagen.

*

Das Militärversorgungsgericht für den Bezirk Merseburg.

(Verhandlungsbericht vom 4. Dezember.)

Es kamen 22 Klagen zur Verhandlung. 1. Gräfe (Ammendorf) klagt auf Anerkennung von Dienstbeschädigung und Zahlung von Rente. Kläger war bei einem Ersatz-Bataillon in Halle und hat dort Wachtdienst versehen; vor seinem Eintritt litt Kläger an Heiserkeit und Lungenerweiterung, diese Leiden sollen sich während der Dienstzeit verschlimmert haben. Aus den Akten geht nicht hervor, wieviel Kläger erwerbsunfähig ist. Das Militärversorgungsgericht nimmt Dienstbeschädigung an und schickt Kläger zur Festsetzung der Erwerbsunfähigkeit und Begutachtung zur Med. Klinik Halle. — 2. Mühmelt (Halle) klagt auf Zahlung von Rente. Kläger wurde im Felde überfahren und erlitt einen Oberschenkel- und Schienenbeinbruch, nach der Heilung stellte sich ein Plattfußleiden ein. Die Rente ist unter 10 Proz. festgesetzt. Der Arzt schätzt die Erwerbsunfähigkeit auf 15 Proz. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung von 15 Proz. und Kriegszulage. — 3. Reitz (Halle) klagt auf Zahlung von Rente. Kläger ist verwundet durch Bajonettstich und Kolbenschlag auf den Kopf. Die Rente ist unter 10 Proz festgesetzt. Das Militärversorgungs-Gericht nimmt nach dem Gutachten seines Arztes eine höhere Erwerbsunfähigkeit an und verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 15 Proz. und Kriegszulage. — 4. Finke (Hettstedt) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist am linken Unterarm schwer verwundet, seine Rente auf 55 Proz. und eine einmalige Verstümmelungszulage festgesetzt. Nach dem Gutachten des Arztes wird der Antrag als unbegründet abgewiesen. — 5. Schulze (Naumburg) klagt auf Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung und Rente. S. ist als 50 jähriger Kriegsfreiwilliger 1914 eingetreten und als Vizefeldwebel nach Belgien zur Ausbildung von Rekruten abkommandiert gewesen. Kläger will sich öfters Erkältungen zugezogen haben, daraus soll eine Lungenerweiterung, Asthma und Herzleiden entstanden sein. Kläger wurde überall mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Das Militärversorgungs-Gericht kann sich den Ansichten der Militärverwaltung nicht anschließen. Kriegsdienstbeschädigung wurde anerkannt, die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 25 Proz. und Kriegszulage verurteilt, seit der Entlassung. — 6. Langrock (Griebenrock) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. L. ist durch Granatsplitter an der rechten Hand verwundet, seine Rente mit 10 Proz festgesetzt. Nach dem Gutachten des Krankenhauses „Bergmannstrost"-Halle ist die Erwerbsunfähigkeit auf 20 Proz. festgesetzt. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 20 Proz. — 7. Schlegel (Crossen) klagt auf Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung. Kläger wurde im Feldeisenbahndienst überfahren und verlor dadurch beide Beine. S. erhält 100 Proz. Rente und zweifache Verstümmelungszulage. Kriegsdienstbeschädigung wird anerkannt. Die Militärbehörde wird verurteilt zur Zahlung der gesetzlichen Kriegsdienstbeschädigung. 8. Götze (Rumsdorf) klagt auf Anerkennung von Dienstbeschädigung und Rente. Kläger ist im November 1916 auf Reklamation entlassen. Während seiner Ausbildung in Altenburg will er sich ein Lungen- und Kehlkopfleiden zugezogen haben. Das Militärversorgungs-Gericht nimmt Dienstbeschädigung an, da G. an einem Kehlkopfleiden während der Dienstzeit erkrankt ist, welches aus den Akten hervorgeht; auch ist durch Zeugen bewiesen, daß vor seinem Eintritt seine Stimme rein und klar war. Zur Festsetzung der Erwerbsunfähigkeit und Begutachtung wird er der Universitätsklinik Halle für Kehlkopfleiden überwiesen. — 9. Jacksch (Zeitz) klagt auf Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung und Rente. Kläger will sich ein Nerven- und Rückenmarkleiden sowie Gelenkrheumatismus während seiner Dienstzeit bei einer Fuhrpark-Kolonne auf dem Balkan zugezogen haben. Die Heeresverwaltung hat Dienstbeschädigung nicht anerkannt. Das Militärversorgungs-Gericht kann sich dieser Ansicht nicht anschließen, da Kläger als kv. ins Feld geschickt wurde. Kriegsdienstbeschädigung wurde anerkannt, die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 66⅔ Proz. und Kriegszulage verurteilt, seit der Entlassung. — 10. Purfürst (Zeitz) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger hat sich im Felde einen doppelseitigen Knöchelbruch zugezogen. Seine Rente war auf 20 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten der Ärzte ist eine höhere Erwerbsunfähigkeit nicht vorhanden. Die Berufung wird als unbegründet abgewiesen. 11. Rauh (Zeitz) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist durch Granatsplitter am Hals und Kopf verwundet. Seine Rente auf 50 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten des Arztes ist eine höhere Erwerbsunfähigkeit nicht festzustellen. Der Antrag wurde als unbegründet abgewiesen. — 12. Damm (Eisleben) klagt auf Zahlung von Rente. Kläger ist durch Gewehrschuß an der linken Schulter verwundet. Kriegsdienstbeschädigung ist anerkannt, die Rente unter 10 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten der Ärzte besteht zurzeit eine Erwerbsunfähigkeit nicht. Der Antrag wird als unbegründet abgewiesen. 13. Kopf (Bennstedt) klagt auf Zahlung einer höheren Rente; Kläger ist an Brust und Rücken, sowie durch Beckensteckschuß verwundet. Seine Rente ist auf 25 Proz. festgesetzt. Nach den ärztlichen Bescheinigungen, welche K. vorlegt, ist eine Verschlimmerung anzunehmen; Kläger wird zur Untersuchung und Begutachtung dem Knappschafts-Krankenhaus Eisleben überwiesen. — 14. Voigt (Alsleben) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist durch Granatsplitter am rechten Unterschenkel schwer verwundet, später mußte Amputation erfolgen. Seine Rente wurde auf 60 Proz. und Verstümmelungszulage festgesetzt. Kläger macht geltend, daß er des öfteren seinen künstlichen Fuß nicht verwenden kann und dann an Krücken gebunden ist, wodurch seine Erwerbsunfähigkeit eine höhere wurde, auch kann er dieses durch Zeugen bestätigen. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 75 Proz. — 15. Renner (Bitterfeld) klagt auf Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung und Rente. Kläger hat sich durch Sturz vom Pferde eine Lähmung des rechten Armes zugezogen. Seine Rente wurde auf 60 Proz. und Verstümmelungszulage festgesetzt; bei einer Nachuntersuchung auf 30 Proz. herabgesetzt und Fortfall der Verstümmelungszulage erkannt. Dagegen hat der Kläger Einspruch erhoben. Die darauf folgende Untersuchung und die Gutachten der chirurgischen Klinik Halle stellten fest, daß dieses Leiden überhaupt nicht auf Kriegsdienstbeschädigung zurückzuführen sei, es handle sich um ein angeborenes Leiden. Darauf stellte die Militärbehörde die Zahlung der Rente ein und forderte die Rückzahlung der bisher gezahlten Rente. Das Militärversorgungs-Gericht kann sich den Ansichten der Militärverwaltung nicht anschließen; wenn auch dieses Leiden vorhanden war, so muß der Zustand ganz anders gewesen sein als jetzt, da Kläger als kv. ins Feld geschickt wurde, auch bis zu seinem Sturze den Dienst als Fahrer bei der Artillerie versehen hatte. Kriegsdienstbeschädigung wird anerkannt, die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 60 Proz. verurteilt. — 16. Marks (Eilenburg) klagt auf Erhöhung seiner Rente. Kläger ist an der linken Hand schwer verwundet. Seine Rente ist auf 33⅓ Proz. festgesetzt. Nach dem ärztlichen Gutachten ist eine Erwerbsunfähigkeit vorhanden, da die Hand dem Verluste fast gleichkommt. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 50 Proz. — 17. Pötzsch (Annaberg) klagt auf Erhöhung seinerRente. Kläger ist nach Verwundung der linken Schulter in englische Gefangenschaft geraten, wurde im Januar 1919 ausgetauscht und kam in das Lazarett nach Torgau; hier wurde er mit 33⅓ Proz. Rente entlassen. Nach dem Gutachten des sachverständigen Arztes ist eine vollständige Versteifung des linken Schultergelenkes vorhanden; er schlägt eine Rente von 40 Proz. vor. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 40 Proz. — 18. Hebrack (Schildau) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist durch Granatsplitter am rechten Oberschenkel schwer verwundet, seine Rente auf 60 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen ist zurzeit eine höhere Erwerbsunfähigkeit vorhanden, da die Verwundung noch nicht vollständig abgeheilt ist. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 80 Proz. — 19. Swicinski (Kobersheim) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist durch Granatsplitter am linken Oberschenkel schwer verwundet, er bezieht 60 Prozent Rente und Verstümmelungszulage. Nach dem Gutachten des sachverständigen Arztes ist, solange der Stützapparat gebraucht wird, eine höhere Erwerbsunfähigkeit vorhanden. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 80 Proz. — 20. Schirmer (Kobersheim) klagt auf Zahlung von Rente. Kläger ist auf der Fahrt vom Urlaub zur Truppe an Grippe und Lungenentzündung erkrankt. S. mußte dann einen langen Transport bis zum Lazarett zurücklegen, wodurch sich sein Zustand verschlimmerte und noch eine Rippenfellentzündung dazukam. Bei der Entlassung wurde eine Erwerbsunfähigkeit von 25 Proz. festgestellt, jedoch Dienstbeschädigung nicht anerkannt. Das Militärversorgungs-Gericht erkennt Kriegsdienstbeschädigung an und verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 20 Proz. und Kriegszulage. — 21. Müller (Bad Schmiedeberg) klagt auf Zahlung von Rente. Kläger ist im August 1918 an Ischias erkrankt. Kriegsdienstbeschädigung ist anerkannt, die Rente unter 10 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten des sachverständigen Arztes ist eine Erwerbsbeschränkung nicht vorhanden. Die Berufung wurde als unbegründet abgewiesen. — 22. Schmidt (Bahnsdorf) klagt auf Zahlung einer höheren Rente. Kläger ist durch Granatsplitter an der linken Schulter und am Oberarm verwundet. Seine Rente ist auf 25 Proz. festgesetzt. Nach dem Gutachten des sachverständigen Arztes handelt es sich hierbei auch um ein Nervenleiden, wodurch auch der Verlust des 4. und 5. Fingers entstanden ist, also auch die Erwerbsunfähigkeit eine höhere ist. Das Militärversorgungs-Gericht verurteilt die Militärbehörde zur Zahlung einer Rente von 40 Proz. **W.**

Vermischtes.

* **Deckeneinsturz. Düsseldorf**, 10. Dez. Durch Einsturz einer Betondecke wurde gestern in einem hiesigen Betriebe eine Anzahl Arbeiter verschüttet. Drei jugendliche Arbeiter konnten als Leichen geborgen werden, drei weitere erlitten schwere Verletzungen. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt.

* **Schweres Fliegerunglück. Lübeck**, 11. Dez. Ein Militärflugzeug flog beim Landen in eine Gruppe Angehöriger einer Artillerie-Fliegerstaffel hinein. Hierbei wurden zwei Mann sofort getötet, zwei weitere, darunter auch der Flieger, schwer verletzt.

* **Vier Personen an Trichinose gestorben.** In Schwetz bei Graudenz starben nach dem Genuß von Schweinefleisch, das aus einer Geheimschlachtung herstammte, vier Personen an Trichinose.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil. Franz Gomm beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0003

Schöne, gute, billige und praktische

Weihnachts-Geschenke!

Seidenwaren	Pelzwaren	Seidene Hauben	Taghemden	Oberhemden	Gardinen
Kleiderstoffe	Kragen	Ball-Schals	Nachthemden	Serviteurs	Dekorationen
Leinenwaren	Muffen	Taillen-Plaids	Beinkleider	Kragen, Manschetten	Teppiche
Baumwollwaren	Pelz-Hüte	Jabots, Kragen	Stickerei-Röcke	Krawatten	Tischdecken
Bettwäsche	Pelz-Mützen	Handtaschen	Nachtjacken	Hosenträger	Chaiselonguedecken
Tischwäsche	Kinder-Garnituren	Gürtel, Korsetts	Untertaillen	Kragenschoner	Steppdecken
Wäsche-Stickereien	Pelzbesätze	Unterröcke	Reformbeinkleider	Männerstrickjacken	Schlafdecken
Handarbeiten	Pelzsohlen	Schürzen	Unterziehjacken	Knabenschwitzer	Bettdecken
Kissen	Gamaschen	Korsettschoner	Baby-Wäsche	Leibhöschen	Läuferstoffe
	Damen-Westen	Wollene Schals		Springhöschen	Sofakissen

Metallbettstellen, beste Fabrikate, für Erwachsene und Kinder.

Damen-Kostüme, Kleider, Blusen, Kostümröcke, Mäntel, Sportjacken, Morgenröcke, Matinees, Kinderkleider und -Mäntel.

Brummer & Benjamin

Halle a. S. **Grosse Ulrichstraße 22/23.** **Halle a. S.**

Merseburger Bach-Verein.

Am 4. Adventsonntag, den 21. Dezemb., findet von ½6 Uhr an im Dom die Aufführung des

Weihnachts-Oratoriums

von Joh. Seb. Bach statt.

Chöre: Bachverein und Männergesangverein A.-W. Merseburg. — **Solisten:** Frau Dr. Rosenthal-Leipzig (Sopran), Frl. Adam-Leipzig (Alt), Herr E. Meyer-Halle (Tenor), Herr Dr. Rosenthal-Leipzig (Baß). — **Orgel:** Herr Organist Siebenbrodt. — **Cembalo:** Herr Fritz Busch. — **Orchester:** Philharm. Orchester Merseburg. — **Leitung:** H. Berger.

Nächste Probe: Freitag, d. 12. Dez., abends 8 Uhr in der Loge zum goldenen Kreuz.

Jeden Posten

Makulatur

kauft auf Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Grünkohl

empfiehlt in großen und kleinen Mengen **Tredst,** Gärtnerei, Norstraße.

Futterrüben

hat noch abzugeben **Weishahn,** Neumarkt 39. Telephon 486.

Futterrüben

treffen morgen, den 12. d. M., ein. **Friedrich,** Hallesche Straße 71.

Christbäume

sind eingetroffen. Verkauf bei **Sattlermeister Kunth,** Gotthardtstraße.

Christbäume

sind eingetroffen im **Gasthof zur grünen Linde**

Metall- u. Kautschuk-

Stempel

liefert **Heinrich Heßler** Merseburg Kirchstr. Nr. 7

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Was schenke ich Herren?

Rasier-Apparate
Rasier-Messer
Rasier-Spiegel
und alle Artikel für Selbstrasierer

Parfümerie **Otto Stiebritz,** Gotthardtstraße 32.

Pianos und **Flügel**

höchster musikalischer Vollendung, bester Ausrüstung, überall preisgekrönt, zuletzt Turin, Grand Prix.

Ritter, Halle a. S., Leipziger Straße 73.

Das Entzücken aller sind meine gef. gesch.

Tannenbaumhalter

1 Dz. fort. M. 2,50, 2 Dz. fort. M. 4,75, 1 Gros fort. M. 26,— Vertreter überall gesucht.

Willi Weißenfeling, Lübeck 264.

Frauenleiden

Auskunft unter »Leben und Gesundheit 1« Berlin SW. 15 postl.

Großer Posten

Bretter

70 cm lange, 1-1½ cm starke

in verschied. Breiten zu verkauf Hallesche Straße Nr. 39, Hof

---

Herren- u. Kinderstiefel

eingetroffen.

H. Wunsch, Schuhgeschäft, Steinstraße.

Modernes Theater

MERSEBURG

TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1

Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.

Ab heute kommt die große

Glanz-Ueberraschung — für — **Merseburg!**

Die beiden gewaltigsten Filmwerke, die die Neuzeit schuf.

Unser größtes Filmwerk. Ein Film der schärfsten Kontraste.

Tugend und Laster, Kloster und Bordell, Mönchskutte und Dirnengewand stehen sich hier in lockenden und entlagenden Bildern gegenüber.

: Das Gelübde : der Keuschheit

Ein Film, der ernste Frauen aufwirft, der in der Tiefe der menschlichen Seele zu graben versteht und der doch in krasser Konzentration das ausscheidet, was auf den menschlichen Instinkt verderblich wirken könnte.

Motto:
Es schreitet die Sünde durch die Welt,
Mit leiser Hand weckt sie die Stimme des Blutes;
Nicht Keuschheit und Reinheit der Seele vermögen
Sie zu bannen, denn es stehet geschrieben:
„Die Sünden der Eltern werden heimgesucht an den Kindern!"

Zwei Welten — die sündige, lockende Außenwelt und das schützende Heim der kirchlichen und klösterlichen Welt — zeigt dieser Film.

Wir erwarben für diesen Ausnahmefilm das alleinige Erst-Aufführungsrecht für Merseburg.

Außerdem:

Der Untergang der Welt

2. Teil, oder

Die letzten Menschen

Die Fortsetzung der Arche.

7 Akte nach dem bekannten Roman von Werner Scheff.

NB. Es ist nicht nötig, den ersten Teil dieses Filmwerkes gesehen zu haben, da die Inhaltserklärung des 1. Teiles teilweise unter dem 1. Akt dieses 2. Teiles enthalten ist.

Das Schicksal der letzten Menschen muß man gesehen haben. Dieser Film dürfte gleichfalls ein Ereignis bilden, da er den vorangegangenen 1. Teil bei weitem übertrifft.

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

Lustspiel-Einlage je nach Bedarf.

Zur Beachtung! Wegen des zu erwartenden Andranges ist es zu raten, möglichst die Nachmittagsvorstellung zu besuchen. Das Theater ist von 4 Uhr ab geöffnet. — Beginn der ersten Vorstellung ½5 Uhr. — Um regen Zuspruch bittet

Die Direktion: A. Bilke.

Eigene Lichtanlage!

TIVOLI

Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr

IV. Abonnements-Konzert

des Philharmonischen Orchesters

Solist: Herr Konzertmeister Putler

PROGRAMM: Kreutzer „Das Nachtlager von Granada", Ouvertüre. Weber „Aufforderung zum Tanze". Wagner „Lohengrin", Fantasie. + Flotow „Martha", Ouvertüre. Wieniawski „Erinnerungen an Moskau". Jones „Die Geisha", Potpourri.

Eintrittskarten zu 1,20 Mk. sind an der Abendkasse erhältlich

---

Was schenke ich Damen?

Feine Parfümerien
Haarschmuck
Nagelpflegekasten
Kopfbürsten u. Kämme
in weiß und alle Artikel zur Haarpflege

Parfümerie **Otto Stiebritz,** Gotthardtstraße 32.

Kranken Frauen

und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem lang jährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau **Berta Koopmann, Berlin W 35,** Potsdamer Str. 104.

Wie kann man von

Magen- u. Darmleiden, Schwindelanfällen
(Adern-Verkalk., Herzbeklemmung., Angst- und Schwächezust.),
Gallen- u. Nierensteinen
Lungen- und Halsleiden
(Brustschmerzen, Husten, Heiserkeit, Asthma) ohne große Kosten befreit werden? Hierauf antworten allen Leidenden, auch solchen, die gar keine Hoffnung mehr haben, kostenlos, wenn Krankheit in der Anfrage genau bezeichnet wird (Rückporto erbeten)

Pfarrer und Schulinspektor a. D. **P. O. Fiedler, Post Niewerle 120** (Niederlausitz).

G. F. C. 1915

Sonnabend, den 13. d. M., abds. punkt 7½ Uhr im Vereinszimm. „Deutsch. Kaiser-Schkopau

Mitgl.-Versammlung.

Das Erscheinen sämtl. Mitglieder ist dringend erforderlich.

Der Vorstand. Julich.

V. f. L.

(e. V.).

Monatsversammlg.

Sonnabend ½8 Uhr im „Vereinshaus".

Der Vorstand.

Alt. Kriegerverein.

Sonntag, d. 14. Dezember

außerordentliche Generalversammlung.

Erscheinen aller Mitglieder erforderlich Der Vorstand.

Unsere

Monats-Versammlung

findet am Sonnabend, den 18. Dezember cr., abends 8 Uhr im „Rotskeller" bei Kamerad Kießler statt.

Das Erscheinen sämtlicher Kameraden ist erwünscht.

Der Vorstand.

Weihnachtswunsch!

Ja. intellig. Mann, 29 J., kath., Fleischer, vermög., mittl. Fig., angen. Aeuß., w. hübsche Dame o. verträgl. Charakt., Kriegsw. angen., zwecks pät. Heirat kennen zu lernen. Strafl. Verschwiegenh. Vermittl. verb. G. Off. mit Bild unter N N 1555 a. d. Exp. d. Bl.

Bess. Handwerker,

Witwer, 42 J., 9 J. selbständig gewesen, 1 Sohn welcher fort, einige Tausend Vermög., wünscht Fräul. oder Witwe bis 30 J., am liebst. Einheirat, kennen zu lernen. Off. unter H 8 1660 Hauptpost Erfurt erbeten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 282. Freitag den 12. Dezember 1919. 46. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 10. Dez.

Am Ministertische: Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der zweiten Beratung über

das Notopfer.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die gestrigen Szenen bewiesen nur, daß die Rechte den Mann stellen will, der mit beispielloser Energie Deutschland aus seinem finanziellen Elend retten will. Herrn Hugenbergs Angriffe waren sorgfältig stilisiert. Herr Hugenberg, der die Beamten des Kriegsministeriums korrumpiert hat, will von Korruption reden. (Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck.) Hugenberg hat Landesverrat getrieben, indem er ein Stück wertvollen Landes dem Feinde anbot.

Präsident Fehrenbach: Ich kann diesen Ausdruck nicht zulassen, wie ich ihn gestern nicht zugelassen habe.

Abg. Dr. Braun (fortfahrend): Es ist nicht zu fürchten, daß die Entente Hand an das Notopfer legt. Zu dem Entwurf haben wir nur wenig Abänderungsanträge.

Abg. Dr. Farwick (Ztr.): Zu schonen sind bei der Anspannung des Besitzes die Familie und die werbende Arbeit, und das ist im Gesetz geschehen. Die Zwangsanleihe ist innerlich unhaltbar. Ich erkläre namens aller Parteien aus dem besetzten Gebiet: Wir verwahren uns dagegen, verschachert zu werden Wir sind noch nicht tot. Wir sollen noch 15 Jahre das Elend der Besetzung ertragen, aber wir bleiben.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) erklärt, daß seine Partei in der zweiten Lesung für das Gesetz stimmen würde, für die dritte Lesung sich aber ihre Stellungnahme vorbehalten würde.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D Vpt.): Der Betrag von jährlich 2½ Milliarden durch den Besitz wäre aufzubringen durch eine laufende Abgabe vom Vermögen auf Grund wiederholter Veranlagung des reinen Vermögens nach progressiv steigendem Steuersatz und zweitens durch eine Steueranleihe, die nach der Vermögensabgabe umzulegen ist.

Minister Erzberger: Der Weg, den der Antrag Riesser und Becker vorschlägt, ist eine sehr schwankende Brücke. Gewiß gibt es Bedenken gegen das Notopfer. Aber es gibt stärkere Gründe, die uns zwingen, diese Bedenken hintanzusetzen. Dem

hohen Lied des Egoismus,

das Abgeordneter Hugenberg gestern gesungen hat, setze ich entgegen das hohe Lied der Solidarität, des sozialen Geistes. Wer den Gedanken der Solidarität nicht anerkennt, hat den Geist der deutschen Umwälzung überhaupt nicht begriffen. Der ungeheure Gegensatz der hohen Vermögen und Vermögenslosigkeit ist auszugleichen. Die große Masse der Arbeiter erträgt es nicht mehr, die großen Vermögensammlungen vor und während des Krieges bestehen zu lassen. Sie müssen abgebaut werden. Das ist auch der leitende Gedanke des Notopfers. Ohne dasselbe wird es keiner Regierung möglich sein, unsere Wirtschaft aufwärts zu führen. Nur steuerliche Gerechtigkeit kann zur Ruhe, zur Arbeit, zur Aufwärtsbewegung führen. Die Vorlage will den Vermögensstand vom 31. Dezember 1919 zur Grundlage einer erheblichen Vermögensabgabe machen. Dieser Vorschlag vermeidet die Nachteile der Arnstadtschen Zwangsanleihe, die in einem halben Jahre 30 Milliarden aus dem Wirtschaftsleben herausnehmen will und dafür Papier gibt, das 5 Milliarden Wert hat. Das ist unmöglich. Die großen Vermögen bringen vielleicht durchschnittlich 4 Proz. Zinsen, denn es sind dabei Anlagen, die Zubuße brauchen usw. Die Zwangsanleihe würde diese Vermögen ertraglos machen. Das Notopfer entzieht dem Gesamtvermögen 2,8 Milliarden jährlich einschließlich der Zinsen. Übrigens sieht das Notopfer sowohl wie die Reichsabgabenordnung Erleichterungen vor bei eventueller Verringerung der Vermögen in den nächsten drei Jahren. Demgegenüber baut sich die Zwangsanleihe ebenfalls auf dem Stande vom 31. Dezember 1919 auf, und die Zwangsanleihe kann doch nachträglich überhaupt nicht zurückgenommen oder geändert werden. Dem Abg Farwick verspreche ich, daß die Familie und die werbende Kraft bei der Ausführung des Gesetzes geschont werden sollen. Die kleinen Rentner sollen ebenfalls geschont werden. Bei mittleren Vermögen, bis zirka 200 000 M., werden bei vier und mehr Kindern Erleichterungen geschaffen werden. Das Notopfer muß aus finanziellen, innerpolitischen und wirtschaftlichen Gründen schnellstens verabschiedet werden.

Abg Wurm (U. S.): Die Anträge der Rechten gehen nur dahin, den Massen die schwersten Lasten aufzubürden. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß etwas zustande kommt, was uns wenigstens in etwas aus dem augenblicklichen Unglück heraushilft. Wir bewilligen keinen Pfennig, der die arbeitenden Massen belastet.

Abg. Dr. Hugenberg (Dn.), persönlich: Ich habe Herrn Erzberger vorgeworfen, daß seine Politik zur Besetzung des Ruhrgebiets führen könnte. Ich hatte dies nicht gewünscht. Das glaubt mir doch auch niemand. (Lärm.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Heim (b. k. Fr., persönlich), Dr Stresemann (D. Vpt.), Dr. Braun (Soz.) und Katzenstein (Soz.) folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Becker-Hessen und Riesser auf Zurückverweisung der Vorlage an den 10. Ausschuß.

Es stimmen ab 279 Abgeordnete. Der Antrag Becker-Riesser wird mit 236 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

§ 1 des Gesetzes wird nach Ablehnung eines Zusatzantrages Arnstadt in der Kommissionsfassung angenommen.

Ohne längere Aussprache wird eine Reihe von Paragraphen nach der Fassung des Ausschusses und unter Annahme einiger Abänderungsanträge Dr. Blunck (Dem.) angenommen.

Bei § 5 will

Abg. Gruber (Soz.) auch die Kirche und ihr Vermögen unter das Notopfer bringen. Von den Sparkassen sollen nur die den Gemeinden und den Gemeindeverbänden gehörenden Einlagen abgabefrei sein.

Minister Erzberger: Bezüglich der Sparkassen wäre es mir recht, wenn Sie zur Regierungsvorlage zurückkehrten. Wenn Sie aber den politischen Vereinen, Turnvereinen usw. Steuerfreiheit geben, so müssen Sie sie auch den Kirchen geben, sonst wäre dies ein ausgesprochen antikirchlicher Akt. Ein Gesetzentwurf über die

allgemeine Besteuerung der toten Hand

wird demnächst fertiggestellt.

Der sozialdemokratische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu besteuern, wird abgelehnt.

§ 5 wird im übrigen in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Bankgesetz usw.

Schluß 7 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 10. Dez.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, der alle Disziplinarverfahren wegen Dienstvergehen aus der Zeit vom 9. November 1918 bis 9. Mai 1919 nebst den Kosten niederschlagen bzw. die Disziplinarstrafen erlassen will, geht an den Rechtsausschuß.

Die zweite Beratung des Unterrichtshaushaltes wird bei den

Hochschulen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Der Aufstieg zu den Höhen der Wissenschaft läßt sich nicht popularisieren. Auch das Abiturientenexamen ist nicht zu entbehren. Die Hochschullehrer sind für die heutigen Verhältnisse äußerst schlecht besoldet, besonders die Extraordinarien, die nur 2600 bis 4800 M Gehalt haben. Gleichwohl haben letztere erklärt, daß sie angesichts der Finanznot des Staates keine Mehrforderungen stellten. (Hört, hört!) Ein Idealismus, der Bewunderung verdient! (Lebhafte Zustimmung.)

Minister Haenisch: Für die Hochschulreform sind wir sehr glücklich, in Unterstaatssekretär Becker den besten Mitarbeiter gewonnen zu haben. Bezüglich des Marburger Falles habe ich die Überzeugung gewonnen, daß das Urteil gegen den Studierenden Lemme viel zu hart war. Ich habe sofort verfügt, daß es in den Akten wieder gelöscht wird. Den Hochschullehrern spreche ich für ihre materielle Opferwilligkeit Dankbarkeit und Anerkennung aus. Sie besser zu stellen, ist eine Ehrenpflicht des Staates. Den Professoren ist volle Lehrfreiheit gewährleistet. Aber sie haben darum noch nicht das Recht, Einrichtungen des Staates in gehässiger, hämischer Weise in den Staub zu ziehen.

Beim technischen Unterrichtswesen wünscht

Abg. Lüdemann (Soz.), daß die technischen Mittelschulen mit den technischen Hochschulen organisch zusammengefaßt werden. Die Abschlußprüfung an den technischen Mittelschulen sollte man dem Abiturientenexamen gleichstellen.

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.): An den technischen Hochschulen sollten die philosophischen Vorlesungen nicht vernachlässigt werden.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Wir dürfen es mit großer Genugtuung empfinden, daß wieder drei deutsche Gelehrte mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden sind. Auch in Zukunft muß für die Wissenschaft das Erforderliche aufgewandt werden. Die technischen Hochschulen sollten den Universitäten in allen Beziehungen gleichgestellt werden. Die Ergebnisse der Forschung müssen in die breiten Massen getragen werden. Die Fortschritte der Wissenschaft müssen in soziale Fortschritte umgewandelt werden.

Abg. Dr. Kloß (Dn.) bittet, die Erziehungswerte des studentischen Korporationswesens nicht zu unterschätzen.

Unterstaatssekretär Becker: Die Regierung bringt den technischen Hochschulen genau das gleiche Interesse entgegen wie den Universitäten.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Es wäre wohl besser, daß diese Fragen nur in den Ausschüssen erörtert würden, statt hier vor gähnend leeren Bänken und Tribünen. Eine Koalitionsregierung kann keine rückfeste Haltung haben. Uns fehlt daher das Vertrauen zu ihr. Professoren und Studenten betätigen sich immer noch als Knechte des Kapitalismus.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vpt.): Die Seminarien an den Hochschulen sind das genügende Mittel, um ein enges Verhältnis zwischen Dozenten und Studierenden herzustellen. Dem von deutschnationaler Seite gestellten Antrage auf Schaffung eines Studentenrechts werden wir zustimmen.

Das Kapitel wird erledigt.

Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung.

Merseburg und Umgegend.

11. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Preiserhöhung für Stickstoffdüngemittel.** In der Sitzung des Düngestickstoff-Ausschusses vom 2. Oktober d. J. wurde vom Stickstoffsyndikat eine Erhöhung der Höchstpreise und Umlagen für Stickstoffdüngemittel beantragt. Die Ursache hierfür liegt in der weiteren andauernden Steigerung der Löhne, Gehälter, Preise für Roh- und Hilfsstoffe, sowie in den vielfachen und oft lange andauernden Schwierigkeiten, Einschränkungen und Einstellungen der Betriebe durch Streiks, Kohlenmangel, Waggonmangel und dergl. Die vorgelegten Kalkulationen und Unterlagen hierfür wurden vom Reichswirtschaftsministerium eingehend nachgeprüft. Auf Grund dieser Prüfung wurde dem Antrage der Düngestoffindustrie stattgegeben. Im allgemeinen wird danach das Kilogramm Stickstoff für den Verbraucher sich um ungefähr 1,50 M, beim Natronsalpeter um 2,10 M gegen die bisherigen Verbrauchspreise verteuern. Hierzu wird uns aus Fachkreisen geschrieben: Wie gewaltig die Preise seit diesem Frühjahr, ehe die zweimalige Preiserhöhung im März und November eintrat, gestiegen sind, ergibt folgende Gegenüberstellung: Es kosteten 50 Kilo bei ganzen Ladungen frachtfrei Empfangsstation: Schwefelsaures Ammoniak im Frühjahr 18,90 M, jetzt 56,70 M, mehr 200 %, Natronsalpeter 28,40 M, jetzt 52 M, mehr 83 %, Kali-Ammonsalpeter 29,08 M, jetzt 60,81 M, mehr 109 %, Kalistickstoff 18 M, jetzt 43,65 M, mehr 142 %. Die Zentralgenossenschaft zum Bezuge landwirtschaftlicher Bedarfsartikel macht die Landwirte darauf aufmerksam, daß die gegenwärtigen Preise bis zum nächsten Frühjahr wahrscheinlich eine weitere Steigerung erfahren werden. Für die Ernte 1920 sei zudem wieder mit großen Ausfällen in der Stickstoffversorgung zu rechnen, da die Leistungen der Eisenbahn eine rechtzeitige Lieferung der Düngemittel kaum mehr ermöglichen.

** **Der Haltestellenplatz an der Gotthardtbrücke.** Man schreibt uns: Unergründlich bei diesem Wetter ist der Fußsteig an der Haltestelle der Überlandbahnen Merseburg—Mücheln und Merseburg—Rößen von der Gotthardtsbrücke bis zum Herzog Christian. Weshalb wird denn dieses Stück nicht gepflastert oder mit Steinplatten belegt, da es doch niemals bebaut werden kann. Für die vielen Fahrgäste, die sich bis zur Ankunft der Straßenbahnen hier aufhalten müssen und die sonstigen Fußgänger wäre die Mosaikpflasterung oder Betonplattenbelegung höchst notwendig. Das Wägelchen Sand, das die Überlandbahnen-Aktien-Gesellschaft nach dem diesjährigen ersten großen Schneefall auf dem Fußsteig ausstreuen ließ, zwecks Linderung des Schmutzes, half auch nichts. Die Wirkung war nur vorübergehend und machte bei so vielen Füßen nichts aus. Wenn nun die Kosten in jetziger Zeit so hoch sind, können die Stadt Merseburg und die Stadtväter sich mit der Direktion der Überlandbahnen-Aktien-Gesellschaft in Verbindung setzen zwecks Teilung und gemeinsamer Tragung der Kosten. L.

*

Mandatsniederlegung des Abg. Abderhalden.

Der berühmte Physiologe der Universität Halle, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Abderhalden, hat, wie uns soeben mitgeteilt wird, sein Mandat als Mitglied der demokratischen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung niedergelegt. Schon vor der Wahl hat er sich nicht für die Dauer, sondern nur für eine kurze Tagung zur Verfügung stellen können. Infolge der unerwartet lange anhaltenden Tagung der Landesversammlung hat er bei seiner groß angelegten Lehr- und Forschertätigkeit die weitere Ausübung seines parlamentarischen Mandats aber nicht für vereinbar erachtet mit seinen übrigen Pflichten. In einem herzlich gehaltenen Schreiben an die Fraktion hat er dem Bedauern über sein Scheiden aus der Fraktion Ausdruck gegeben, den Verzicht auf das Mandat damit begründet, daß er in der letzten Zeit infolge seiner Lehrtätigkeit sich an den Arbeiten in der Landesversammlung nicht in der gewünschten Weise habe beteiligen können und neuerdings durch seine Fürsorge für die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder in der Schweiz noch mehr in Anspruch genommen werde. Das Scheiden des berühmten Forschers aus dem Parlament wird nicht nur von seinen Freunden, sondern auch in den übrigen Fraktionen bedauert.

An die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Abderhalden tritt Oberbürgermeister Dr. Hagemeister-Suhl.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

In Anbetracht ihrer vorzüglichen Leistungen im Sinne der Frau Holle (weniger erfreulich waren ja diese Leistungen für uns) ist die fleißige Marie auf einige Zeit in Urlaub auf Erholung geschickt. Wir Menschenkinder freuen uns dessen, fliegen deshalb doch nicht mehr die Daunen (Schneeflocken) in solch ergiebiger Weise umher. Wenn nur die fleißige Marie nach ihrer Rückkehr nicht mit verdoppeltem Eifer und doppelter Kraft das Versäumte nachholt! — Der Winter ist völlig davongejagt, erst in den letzten beiden Tagen (7. und 8. Dezember) lag die Temperatur wieder an einer Anzahl norddeutschen Orten auf „Null“ und es fiel wieder Schnee, sonst war es durchweg milde und die Niederschläge, die erheblich waren — es wurden von allen deutschen Orten zusammen 530 Millimeter gemeldet — erfolgten als Regen. Fast schien es, als ob der Frühling kommen wollte, denn im Westen kamen in zwei Tagen, am 4. und 7. Dezember, Gewitter vor. — Die Bewölkung war 8 Uhr vormittags stark, sie betrug 85 Proz., d. h. durchschnittlich waren von 100 Teilen des Himmels 85 mit Wolken bedeckt, wolkenloser Himmel wurde nur sechsmal gemeldet, völlig bedeckter dagegen 86 mal (!). — Vier Tage waren als unruhig zu bezeichnen, an denen 21 bis 60 Proz. aller Orte stärkeren Wind meldeten. — Die Temperatur wies, entsprechend dem Vorgesagten, folgende Mittelwerte aus den Beobachtungen aller deutschen Orte an den einzelnen Tagen auf: 2. Dez. + 4,0 Grad Celsius, 3. Dez. + 3,8 G. C., 4. Dez. + 7,7 G. C., 5. Dez. + 3,9 G. C., 6. Dez. + 4,7 G. C., 7. Dez. + 2,2 Grad C., 8. Dez. + 1,1 G. C. Lag bisher der hohe Druck im SW., so scheint die Druckverteilung eine Änderung zu erfahren, indem der hohe Druck sich nordwärts ausbreitet. Wenn auch noch weitere „Tief“ über Nordeuropa auftreten dürften, es werden doch nunmehr Winde aus NW. bis N. die Oberhand behalten, von geringen Pausen etwa abgesehen. Wir werden deshalb mit einer um Null liegenden Temperatur und Schneefällen für nächsten Sonntag zu rechnen haben. — Es wird vielleicht so manchen der Leser interessieren zu erfahren, welche Temperaturen im hohen Norden herrschten. Es meldeten Haparanda vom 2. bis 6. Dezember Temperaturen zwischen 3 und 11 Grad Kälte, Spitzbergen solche zwischen 2 und 35 Grad Kälte.

Die Abendburg.

Chronika eines Goldsuchers in zwölf Abenteuern.

Von Bruno Wille.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ich schwieg und ließ mir diese Auskunft durch den Kopf gehen. Dann meinte ich: „Bis zum Abend sind noch etliche Stunden und ich kann doch nicht die ganze Zeit hier sitzen bleiben.“ — „Ei warum denn nicht?“ antwortete die Jungfer und sah mich durch halbgeschlossene Augenlider schalkhaft an. Gleich werden ja auch ein paar Studiosen kommen, wie gewöhnlich nach Schluß ihrer Collegia. So mancher Fuchs hat von der Susanne vernommen und möchte sie beäugeln. Da spricht Er denn mit seinesgleichen auf Latein, was ich nicht verstehen soll. Manchesmal hör ich sie sprechen: formosa puella und pulcherrima. Kann der Herr mir wohl sagen, was diese Worte bedeuten?“ Und Susanne machte ein Gesicht wie ein neugierig Kind.

Ich schlug die Augen nieder, als ich zur Antwort gab: „Die Worte heißen: ein wohlgestaltet, sehr sauber Mägdelein.“ Hell wie Silberglocken lachte die Jungfer und deutete mit dem Finger auf sich, indem sie strahlenden Auges fragte: „Und das soll ich sein?“ — „Wer denn sonsten?“ — „Ei, könnt ich doch den Herren Studiosis in ihrem Latein die rechte Antwort geben! Will mich der Herre eine solche Antwort lehren? Ich bitte! Wie spricht denn der Lateiner, wenn er sagen will: So ziemlich?“ — „So ziemlich ist auf Lateinisch sic satis geheißen.“ Da wiederholte die Jungfer mehrere Male „sic satis“, sprang vergnügt auf und tänzelte in der Stube umher: „Sic satis, sic satis! Nun wartet, ihr grünen Lateiner! Die Mäuler sollt ihr aufsperren, und der Herr mag des Zeuge sein. Obacht! Gleich werden Studiosen kommen.“

Und zur Tür herein traten zween junge Burschen, bestellten Wein und beäugelten die Jungfer. Dabei raunte der eine dem andern zu: „Estne pulcherrima puella?“ Mit boshaftem Triumphieren neigte sich Susanne und sagte dem lateinischen Lobredner ins Gesicht: „Sic satis!“ Die beiden Studenten schauten einander mit einfältigem Staunen an, und einer sagte: „Blitz und Kartaunen! Sie verstehet Latein!“ Da Susanne kichernd wegging und sich nicht weiter sehen ließ, die Studenten folglich ihre Niederlage empfanden, legten sie die Zeche auf den Tisch und schoben ab. Gleich darauf kehrte Susanne zurück und lachte aus vollem Halse: „Denen hab ich's gegeben! Die werden nun von der gelahrten Wirtstochter erzählen. Dem Herrn dank ich auch schön für Seine lateinische Lectio. Zur Vergeltung hab ich Ihm ja meinen Rat gegeben, zum Schmirsel zu gehen. Hat Er sich die Sache überlegt?“

„Ach, Jungfer Susanne“, entgegnete ich, „Sie weiß zu überreden, und wiewohl noch nicht entschlossen, zum Schmirsel zu gehen, schwanke ich wie jener berühmte Esel zwischen zwei gleich großen Heubündeln.“ — Sie sind nicht gleich groß“, eiferte Susanne: „Der Schmirsel ist ein ganz großes, Herr Waldhäuser nur eine Handvoll. So Er aber aus Seinem Zaudern nicht herauskommt, will ich Ihm ein Mittel an die Hand geben, das zur Entscheidung führt und auch unterhaltsam ist. Losen wollen wir, ob Er zum Schmirsel oder zum Waldhäuser geht.“ Kleinlaut erwiderte ich: „Um den Zufall entscheiden zu lassen, ist mir die Sache doch zu ernst.“ — „Zufall?“ rief Susanne. „Hätte nicht gedacht, daß Er solch ein schlechter Christ! Wenn ohne Gottes Willen kein Härlein von unserem Haupte fällt, so werden auch Würfel und Los von seiner Hand gelenkt. Drum hat manch großer Mann das Los als ein Gottesurteil betrachtet. Erst dieser Tage hab ich die Geschichte eines berühmten Feldherrn von Venetia vernommen, Franziskus Sforza geheißen. War eines Winzers Sohn, gewohnt, mit dem Karst zu hacken. Wie er einmal in großer Sommerhitze mit seinem Karst mürrisch im Weinberg arbeitet, und etliche neugeworbene Soldaten singend ihres Weges ziehen, bekommt er Lust zum Krieg, ist jedoch im Zweifel, ob er beim Karst bleiben oder den Degen wählen solle. Wohlan, spricht er unter einem Nußbaume; ich will eine Probe nehmen und meinen Karst in diesen Wipfel werfen. Bleibt er droben, so ziehe ich in den Krieg, fällt er wieder herunter, so soll mir's ein Zeichen sein, daß ich elendiger Tropf noch länger hacken soll. Hiermit wirft er den Karst in den Wipfel, und als derselbige droben bleibt, lässet er ihn hängen und ziehet der Soldateska nach. Anfänglich ein Gemeiner, ward er bald Rottmeister, Feldweibel und Offizier und schließlich ein ruhmreicher General. Ei junger Herr, tu Er's dem Italiener nach und entscheide durch Losen. Ich will ihm helfen. Da schau Er, die Handvoll Münzen, die ich blindlings aus meiner Handtasche gerafft habe. Nun Obacht! Ich zähle die Münzen auf den Tisch, und die letzte Münze soll entscheiden, ob Er zum Schmirsel oder zum Waldhäuser gehet. Ist Ihm das recht?“ Dabei blickten mich ihre Augen holdselig an, und sie rasselte mit den Münzen, die sie hohl zwischen den Händen hielt.

„Wohlan“, entgegnete ich, „aber ich weiß noch nicht, auf welche Weise die letzte Münze bestimmen soll, zu wem ich gehe.“ — „Ganz recht“, erwiderte die Jungfer und legte das Münzenhäuflein auf den Tisch. „Zunächst hat Er zu bestimmen, ob der Schmirsel Hund oder Has sein soll.“ — „Hund soll er sein“, erwiderte ich, neugierig, wo hinaus das wolle. „Gut!“ sagte Susanne, „der Schmirsel ist Hund; dann ist der Waldhäuser Has, und nun zählen wir die Münzen auf. Dabei sage ich jedesmal: Hund gewinnt, oder: Has verliert; die letzte Münze entscheidet.“ Sodann zählte die Jungfer die Münzen langsam auf, indem sie fortgesetzt sagte: „Hund gewinnt, Has verliert, Hund gewinnt, Has verliert.“ Wie nur noch drei Münzen übrig waren, starrte ich in Spannung auf diese Hantierung, so mein Gottesurteil sein sollte, und Susanne sprach: „Hund gewinnt, Has verliert, Hund gewinnt! Und dabei bleibt's! Also hat Schmirsel gewonnen.“

Ich mag ein sorgenvoll Gesicht geschnitten haben, denn die Jungfer meinte: „Das mundet Ihm wohl nicht? Oder gläubet Er etwan, ich habe falsch abgezählet? Wohlan, wir können ja noch einmal losen. Mag Er selber das neue Häuflein bestimmen und nochmals frei wählen, ob Schmirsel Hund oder Has sein soll.“ Erleichterten Herzens griff ich etliche Münzen, es waren sieben, reichte sie der Jungfer und sagte: „Diesmal soll Schmirsel der Hase sein.“ Die Jungfer kicherte und zählte die Münzen auf: Has gewinnt, Hund verliert, Has gewinnt, Hund verliert, Has gewinnt, Hund verliert, Has gewinnt! Also hat wieder der Schmirsel gewonnen, denn der ist ja diesmal der Has.“ Ich kraute mir hinterm Ohr, verdrossen, indessen sie mich auslachte. „Darf ich noch bringen?“ fragte Susanne und war mit Lust um mich beflissen. Vertraulich setzte sie sich zu mir, und dreister gemacht, betrachtete ich ihre wohlgebildeten Hände mit den feinen Spitzenmanschetten. Warf auch auf das Antlitz manch verstohlenen Blick, und dann klopfte mein Herz in süßer Unrast. Frisch wie eine Rose blühete Susanne. Unter dem übermütigen Näslein prangten Kirschenlippen. Verlegen war ich, wenn ihr Blick auf mir ruhte und neugierig an mir herumzutasten schien, um meine Art zu erforschen. Auch mit Fragen verfolgte die Jungfer dies Ziel, und vom Wein gesprächig, hatte ich bald meine Lebensgeschichte berichtet. Als ich erwähnte, daß ich Alchymie treibe, horchte sie auf: „Ei, da wär Er ja der rechte Famulus für den Schmirsel und käme wie gerufen. Ist doch dieser Medikus erst dieser Tage zu einem hohen Herrn berufen worden, so an Hüftweh leidet und viel Gold geben will, so ihn einer heilt. Wenn hernach der Schmirsel kommt, will ich Ihn, Herr Johannes, ihm präsentieren. Sei Er mir aber gescheit, falls Er beim Schmirsel eintreten darf. Nur nicht Sein Medikament verraten! Das muß Geheimnis bleiben, sonsten wird Ihm kein Vorteil davon. Der Schmirsel muß es jedesmal bezahlen, und seh Er zu, daß Er diesem Chymisten manches von seinen Künsten ablauschet. Schwätzet man doch, der Schmirsel verstehe sich aufs Goldmachen.“ War ich bisher noch nicht mit ganzer Seele entschlossen, den Schmirsel zu wählen, so entschied diese Mitteilung, indem sie meine abergläubische Hoffnung anreizte, den verheißenen Goldschatz zu gewinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0005

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben guten Mutter sagen wir nur auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Familie Langbein.
Familie Schmidt.

Wohnung in Kiel!

Wer tauscht in Merseburg? Off. u. M R 1556 in der Exp. d. Bl. niederzulegen.

Besserer Beamter sucht sofort oder später möbliertes **Zimmer** für dauernd, evtl. mit Pension. Gefl. Offerten unter 1549 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Junge Dame sucht für sofort möbliertes Zimmer. Offerten mit Preis unter 1539 an die Expedition d. Bl.

Möbliertes Zimmer

f. 2 Herren od. 2 Zimmer ges. Off. unt. 1534 a. d. Exp. d. Bl.

Junger kaufm. Beamter sucht einfach möbl. Zimmer.

Off. u. 1554 an die Exp. d. Bl.

Fräulein sucht möbl. Zimmer

mit Pension. Offerten unter Nr. 1553 an die Exped. d. Bl.

Ober-Ingenieur sucht

zum 1. Januar 1920 auf einige Monate gut eingerichtetes
Wohn- u. Schlafzimmer
mit Frühstück mögl. in der Nähe der Landesdirektion. Angeb. sof. u. 1545 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Techniker sucht per sofort 1 evtl. 2 Zimmer mit Kochgelegenheit möbl. oder unmöbliert. Gefl. Offert. unter R B 1547 an die Exp. d. Bl.

Militär-Mantel, Militär-Schnürschuhe, Gr. 41, **Kinderwagen**, gut erhalten, zu verkaufen Obere Breite Straße 1.

Fast neuer Ulster

für 14—16 jähr. Burschen zu verkaufen Nieder-Beuna 20.

2 Anzüge, 1 Ueberzieher und 1 Militärmantel

zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

1 Überzieher (Ulster), neu, preiswert zu verkaufen Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Langstiefel, 28.5, Gummiwasserstiefel, 28.5, 1 Sportpaletot

zu verkaufen Markt 26.

1 Paar sch. Damenstiefel, Größe 42, 1 Paar Pelzstiefel, Größe 43, 1 Damenhut (Velour, neu) preiswert zu verkaufen Karlstraße 5, Hinterhaus 1 Tr.

1 Paar neue hohe Damen-Schnürstiefeln zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ein Paar wenig getragene
gelbe Schnürschuhe
(Größe 43) sind, da zu klein, zu verkaufen. Dammstr. 7, p.

Gut erh. Fuchsmuff

preiswert zu verkaufen bei Weißing, Mälzerstraße 16.

Eine gut erhalt. Bisam-Boa mit Muff

zu verkaufen Schmale Str. 22.

Bettstelle mit Matratze

zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Eine Kinder-Bettstelle

(fast neu, 45 Mark) zu verkaufen Teichstraße 23, 1 Tr.

Gut erh. Kinder-Schreibpult mit Drehstuhl

preisw. z. verk. Preußerstr. 13.

Breiter Waschkorb, Wringmaschine, Ofenschirm, Reißbrett, bunte Decken, Samtkapotte, Federtuff, Ballblumen, Hutkarton, seid. Kragen, Schülermütze, w. Unterrock, Gürtel und anderes zu verkaufen. Besichtigung von 9—11 und 2—4. Seffnerstr. 3, 2 Tr.

Kinderwagen zu verkaufen.

Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Fahrrad mit neuer Gummibereifung zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Fahrrad

mit neuer Gummibereifung zu verkaufen Wallendorf 1, Hof.

Für die anläßlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.

Kötzschen, den 11. Dezember 1919.

Oskar Rößner und Frau
Marta geb. Erbert.

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagt herzlichen Dank

Familie Reinecke.

Merseburg, den 11. Dezember 1919.

Roßfleisch-Verkauf

am 12 Dezember 1919 bei Möbius, Tiefer Keller 1,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 1901—2000
„ „ 3—4 „ „ „ „ 2001—2100
bei Hoffmann, Brühl 6,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 2101—2200
„ „ 3—4 „ „ „ „ 2201—2300
„ „ 5—5 „ „ „ „ 2301—2400
auf Feld 4 der Roßfleischkarte.

Merseburg, den 11. Dezember 1919. L A I 1171/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Bekanntmachung

betr.: Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener.

Das Reichswehrministerium hat folgendes angeordnet:

1. Von den seitens der feindlichen Regierungen den heimgekehrten Kriegsgefangenen übergebenen Guthabenscheinen werden die Bescheinigungen, in denen gesagt ist, daß beim Abtransport nach der Heimat eine bestimmte, genau bezeichnete Summe vorhanden war, bei Banken eingelöst.

Soweit Einlösung bisher unterblieben, können diese Scheine sofort an die Heimkehrabteilung der Versorgungsstelle gesandt werden, welche Einlösung veranlassen wird.

2. **Quittungen über bei oder nach der Gefangennahme abgenommenes Geld, über Einzahlungen oder Gutschriften im feindlichen Lager während der Gefangenschaft** werden, soweit sie über genau bezeichnete Beträge lauten, von der Zweigstelle der Generalkriegskasse **nur zum Einzug übernommen.** Sie werden erst ausgezahlt, wenn ihre Ordnungsmäßigkeit von der feindlichen Regierung anerkannt ist, was nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse einige Monate dauern wird. Einsendung gleichfalls an die Heimkehrabteilung der Versorgungsstelle.

3. **Bestätigungen über eingehaltene Gelder, Arbeitslöhne usw.**, die den Heimkehrern von den feindlichen Staaten lediglich als vorläufige Bescheinigung ohne Vermerk eines bestimmten Betrages übergeben worden sind und die Heimkehrer an die deutsche Regierung verweisen, **können noch nicht bezahlt werden**; hierzu sind seitens der Reichsregierung mit den feindlichen Staaten Verhandlungen eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Nach Abschluß der Verhandlung wird endgültige Regelung erfolgen.

Soweit noch nicht geschehen, sind diese Bescheinigungen ebenfalls an die Heimkehrabteilung der Versorgungsstelle einzusenden.

Weißenfels, den 8. Dezember 1919.

Versorgungsstelle (früher Bezirks-Kommando).
Römer, Major und Vorstand.

Die erste Sendung neue
Braunschweiger
Gemüse-Konserven
ist eingetroffen. Ich empfehle hiervon **frei verkäuflich** zu den amtlich festgesetzten Preisen
Spargel, Erbsen und Bohnen.

Paul Näther Nchf.
Fernruf 343 — Merseburg — Markt Nr. 9

Scheuertücher
bewährte Sorten
à 2.20 1.95 1.75 1.50 —.95
Wisch- und Staubtücher
aus leinenen Abfallgarnen hergestellt, gerauht
à 2.75 2.25 2.10 1.85
Linoleum-Bohner-Wachs
beste Qualität
größere Quanten sofort lieferbar bei
Otto Dobkowitz

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantieschein jede
Läuse-Plage
auch Flöhe, s. Brut (Nisse) bei Mensch und Tieren mein. pat. gesch. Mittel **„Eckolda"** f. Wund. unschädl. Ung. Vert.-Anst. Fil. Leipzig. Verk. Merseburg nur Fr. Freygang, Gr. Ritterstraße 7, Mücheln Grube Elisabeth, Sanitätsstube.

Christbaum-Dauer-Kerzen
Unverbrennbar! Nicht rußend oder tropfend! Hellbrennend! Keine Explosionsgefahr!
sind billig zu haben — 1 Stck. 45 Pfg., 1 Gros 60 Mk. —
Neumarkt Nr. 19, Hof.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstraße 3 — Fernruf Nr. 529

Spielplan von Freitag bis Montag:

„Die Liebschaften der Käte Keller!!"
Film-Drama in 5 Akten frei nach Motiven des Romans von Richard Skowronneck. Dieses tiefergreifende Filmwerk zeigt, wie Käte Keller die Sklavin ihrer Leidenschaft. Es ist ein überaus nützliches Werk sittlicher Aufklärung.

* „Liebesopfer!" *
Ergreifendes Lebensbild in 4 Akten mit **Maria Fein.**

— Anfang 6 Uhr mit durchgehendem Programm. —

Fell-Schaukelpferd

(fast neu) preiswert zu verkaufen An der Geisel 1 (Laden).

Ein Drehstrommotor, 20 PS, Schleifringanker, mit Bürstenabhebevorrichtung, 1000 Touren pro Min., 220/380 Volt, Kupferwicklung, neu.

Ein Drehstrommotor, 2 PS, Schleifringanker, 1400 Touren pro Min., 220/380 Volt, Kupferwicklung, neu.

Ein Drehstrommotor, 1 PS, Kurzschlußanker, 1400 Touren pro Min., 220/380 Volt, Kupferwickl., neu, sofort lieferbar **50 Mt. Kernledertreibriemen,** 100 mm breit, 5 mm stark, **30 Mt. Kernledertreibriemen,** 12 mm breit, 6 mm stark, zu verk. **Knauer & Jauck.** Dürrenberg. Tel. 48.

Eine gute ¾ Geige

zu verkaufen Hälterstraße 32.

Doppelreihige Ziehharmonika, Druckerpresse und **2 Paar Schaftstiefel** zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

2 Ziehharmonikas

zu verk. Rosental 7.

Grammophon, trichterl.

neu, umständehalber preisw. zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Gebr. guterh. Puppenwagen

(Friedensware) preiswert zu verkaufen. Breite Str. 22, 2 Tr.

1 Puppenzimmer, zweiteil, und Küche, 1 Schaukelpferd, Holzpferd und Wagen billig abzug. Karlstr. 1, 1 Tr.

Gut erhaltener Stahlschlitten

zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Kinderschlitten mit Lehne, Puppen-Sportwagen,

fast neu, billig zu verkaufen Hallesche Straße 78, 1 Tr.

Stabiler Kaninchenstall

mit 6 Fächern billig zu verkaufen. Kolonie Rössen, Kurze Gasse 6.

Grube Ziegen- u. Schweinemist

gegen Stroh einzutauschen Obere Breite Straße 1.

Kuh mit Kalb

zu verkaufen Vesta Nr. 29.

Futterfeste Ferkel

zu verk. Ludwig, Saalstr. 15.

4 große
Läuferschweine
z. verk. Mehlverkauf Rischmühle

Ein junger, großer
Hund
als Wach- oder Ziehhund zu verkaufen Breite Straße 7.

Kanarienhähne

flottsing., Stck. 40 M., Weibchen 10 M. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Schneeschuhe

zu kaufen gesucht. Offerten unter 1548 an die Exp. d. Bl.

Zuchthahn

mit Rosenkamm zu kaufen gesucht Obere Breite Straße 25.

Trichterloses Grammophon

zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unt. 1550 a. d. Exp.

Brennholz
meistens Buchenholz in vorzüglicher Heizkraft ist **wieder eingetroffen.**
in Klötze kurz geschnitten . . à Ztr. M 10
ofenfertig gespalten . . à Ztr. M 11
Hallesche Straße 39, Hof.

Das beste Mittel gegen kalte Füsse sind
Tuch-Gamaschen
für Herren und Damen, bis 30 cm hoch.
Frz. Hildebrandt, Kl. Ritterstr. 13.

Weihnachtsbäume
stehen für Familien, sowie für Gastwirte und Vereine zu **sehr billigen Preisen** zum Verkauf
Neumarkt 19 (Hof).

Herren- u. Burschen
Anzüge / Ulster / Sport-paletots / Gehrock-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge
in allen Ausführungen
Große Auswahl in
·/· **Arbeiter-Bekleidung** ·/·

Markt Nr. 19 — **H. Taitza** — Neumarkt Nr. 18
Fernruf 332

Von Freitag mittag ab stehen große und kleine
hannov. Läuferschweine
preiswert zum Verkauf.
Ludw. Schnellhardt, Gasthof „Grüne Linde", Tel. 80.

Selbständige Lebens-Stellung mit hohem Einkommen.

Von alter Industriegesellschaft ist Kreis- und Platzvertretung für ihre Spezialabteilung „Kosmetik" sofort zu vergeben. Die Vertretung umfaßt sämtliche modernen Gesundheitspflege- und Toilettenmassenartikel. Wir legen Wert auf guten kaufmännischen Organisator, der seinen Bezirk systematisch bearbeitet. Erforderliche Fachkenntnisse können in kurzer Zeit erworben werden. Herren, denen za. Mk. 2—3000 Betriebskapital zur Verfügung steht und welche Wert auf eine selbständige, dauernde Existenz legen, werden um Offertabgabe unter **U Z 2217** an **Rudolf Mosse, Halle** gebeten.

Wer kann wöchentlich 1 bis 2 Liter
Ziegenmilch
gegen gute Bezahlung abgeben? Antwort unter H R Lauchstedter Straße 28, part.

Piano, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter 1551 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Sofort gesucht gebrauchte
Registrier-Kasse
mögl. 4 od. 6 Additionen bezw. Schubladen u. klein. Kasse. Angebote m. Preis u. beiden Fabrik-Nr. an **R. Jäschke, Breslau 2,** Neudorfstraße 37a.

Mod Transmissionen
sof. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Gespanne zum Zuckerrübenfahren
werden angenommen Otto Roth, Breite Str. 20.

Gesucht werden an allen Orten
Vertreter
Damen und Herren, die sich in ihrer freien Zeit durch selbständige Arbeit ein gutes Einkommen schaffen wollen. Off. u. L G 4410 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Vorarbeiter
für Stopfkolonne für die ausgedehnten Gleisanlagen eines großen Braunkohlenwerkes im Geiseltal **gesucht.** — Offerten unter 1552 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Tücht. Fleischergesellen
bei gutem Lohn stellt sofort ein **Roßschlächterei Arthur Hoffmann.**

Laufbursche
per sofort gesucht
Paul Schultze, Papierhandlg.

Wegen Verheiratung der jetzigen, suche ich baldigst für mein **Kolonialwaren-Geschäft** eine ehrliche, gewandte
Verkäuferin.
Ww. Marie Kretzschmar, Neumarkt 32.

Für sofort oder 1. Januar wird ein
beff. Mädchen
mit Kochkenntnissen für kinderlosen Villenhaushalt nach Vorort Leipzigs bei hohem Lohn gesucht. Stubenmädchen u. Aufwartung vorhanden.

Mit Zeugnissen vormittags zu melden bei Frau Fabrikbesitzer **Kunich,** Meuschauer Str. 17.

Sauberes ehrliches
/ Dienstmädchen /
zum 1.1.1920 gesucht.
Lintzel, Clobikauer Str. 9.

Aufwartung
für den ganzen Tag sofort gesucht Gotthardtstraße 4.

Aufwartung
dreimal wöchentlich f. vormittags gesucht Breite Str. 13, p.

Kartoffelkarte (Stammkarte) am Mittwoch in Lauchstedter od. Friedrichstraße **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben Steinstraße 3, 1 Tr.

Der Finder, der vorigen Freitag die verloren gegang.
rotbraune Brieftasche
gefunden hat, wird gebeten, den Geldbetrag zu behalten und die Tasche mit Briefen abzug. **Dompropstei 3, pt.**

Verloren weiße Kinderboa
Abzug. Clobikauer Str. 30, II, r.

Milchkarte,
auf den Namen Maria Bernhard lautend, **verloren!** Bitte abzugeben Poststraße 3.

Dreifarbiges Kätzchen
entlaufen! Gegen Belohnung abzugeben Hallesche Str. 14, pt.

Weihnachts-Ausstellung Carl Stürzebecher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0006
DFG

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,80 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg. für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechenden Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 282 — Freitag, den 12. Dezember 1919 — 46. Jahrg.

Der zweite deutsch-demokratische Parteitag in Leipzig.

Von Prof. Gerland.

Zum zweiten Mal treten die Delegierten unserer Partei zur gemeinsamen Beratung zusammen, und, wie das erste Mal, erwarten nicht nur wir, sondern auch unsere Gegner das Ergebnis des Parteitages mit aufmerksamer Spannung. Denn wiederum wie in den Julitagen raunt es hier und dort, daß Gegensätze unter uns vorhanden wären, die unvermittelt und leidenschaftlich auseinanderplatzen dürften und kaum überwunden werden könnten. Daß Gegensätze in den Einzelfragen bei uns vorhanden sind, wird niemand leugnen. Wie sollte das auch anders sein bei einer Partei, die den letzten Grund der Überzeugung nicht in der Autorität des von außen an den einzelnen herangetragenen Befehles findet, sondern in dem eigenen Gewissen, in der eigenen Verantwortlichkeit, die niemand uns einzelnen abzunehmen vermag? Und die Gegensätzlichkeit der Ansichten ist ferner um so begreiflicher, als unsere Partei, wie immer wieder gesagt werden muß, nicht etwa die Partei eines einzelnen Standes, einer einzelnen Interessengruppe, sondern des ganzen Volkes sein will, dessen sich vielfach durchkreuzende Interessen auszugleichen ihre eigenste Aufgabe ist. Da mag ein solcher Ausgleich, der seinem inneren Wesen nach Opfer von beiden Seiten verlangt, beide Seiten nicht voll befriedigen, und erbitterte Worte, wie man sie in der Übertreibung des Kampfes leicht ausspricht, mögen gebraucht sein und werden. Allein, wenn erst der Ausgleich abgeschlossen ist, wenn von dem Einzelinteresse, dessen Vertretung bei der Ausgleichshandlung notwendig und gerechtfertigt war, sich der Blick wieder dem großen Ganzen und seinen Zielen zuwendet, dann wird man auch dem anderen Standpunkt gerecht werden. Man wird einsehen, daß nicht nur man selbst, sondern auch der andere nachgegeben hat, und man wird in dem Gedanken an die Zukunft unseres Vaterlandes den Mut und die Freude finden, auch die neuen Wege zu wandeln, die man einzuschlagen sich zunächst nur ungern entschließen konnte. Und dann wird der Gegner die Überraschung erleben, daß die, die sich eben noch im redlichen Bemühen um das Beste, nicht der Partei, sondern des Volkes, bekämpften, wieder Hand in Hand dastehen, als lebendige Phalanx zum Schutze der Errungenschaften unserer neuen Verfassung, der freien Gleichberechtigung aller im Dienste des Vaterlandes stehenden Volksgenossen.

Nie aber war Einheit unserer Partei nötiger als jetzt. Die äußere Spannung hat eine Schärfe angenommen, die das unbedingte Zusammenhalten des ganzen Volkes gebieterisch erheischt. Tritt unsere Partei nicht geschlossen, einheitlich hinter ihre Führer, wie sollten eben diese Führer die Autorität haben, der sie so dringend bedürfen im Kampf gegen französische Anmaßungen? Aber auch die innerpolitische Lage fordert gebieterisch Einheit. Immer kühner erhebt die Reaktion ihr Haupt und läßt die Ziele erkennen, die sie verfolgt, und die in erster Linie auf die **Unterdrückung des freien Bürgertums** hinauslaufen. Cliquen, deren geistiger Wert durch den Marlohprozeß in eine unerhörte Beleuchtung gerückt ist, wagen mit der Phrase der Lüge das deutsche Volk noch einmal zu täuschen, dessen Niederlage die Folge ihrer Politik war. Stehen die Fragen, die hier zur Entscheidung kommen, nicht höher als die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen? Und auf der anderen Seite rüstet der Gegner von links zum letzten entscheidenden Endkampf. Man lasse sich nicht täuschen. Der Bolschewismus ist nicht tot, und die Verhandlungen des Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratie, sind sie nicht ein einziger Kampfesruf gegen die heutige Kultur und Wirtschaft? Wenn aber nicht eine entschlossen liberale, sozial denkende große Partei vorhanden ist, die auf dem Boden der **Demokratie** und der individualistischen Weltauffassung entschlossen bereit ist, **den Klassenkampf von innen heraus zu überwinden**, indem sie beide zu **vereinigen** sucht, **den Unternehmer und den Arbeiter**, die nicht etwa eine Mittelpartei genannt werden darf, weil sie ja gerade die alten Parteitagschablonen mit ihrer ausschließlich wirtschaftlich-egoistischen Orientierung verwirft, weil sie die große linke Partei in der neuen Zeit des überwundenen Klassenkampfes sein will und muß —, wenn, sage ich, eine solche Partei nicht vorhanden ist, so kann nichts die Radikalisierung der Massen aufhalten, nichts das Wiederentflammen des Klassenkampfes in Formen, die nicht mehr evolutionär
… Das sollten doch alle die
… sehr am Alten hängen.
… seinen Gedanken, wenn
… der Katastrophe hoff-

… nd der Drang der Not-
… nserer Partei unter das
… da demokratische Welt-
… ng, vor dem Gegenrecht
… ich unserer Partei nicht
… das Vertrauen der ein-
… chen Zielen, denen unser
… hen hat. Die drei großen
… ie wir bewahren müssen,
… Interessen des einzelnen,
… dem Egoismus: die Idee
… die Idee der sozialen

… Stadt der großen Er-
… ampfes um die Freiheit.
… n schon heute von einem
… Jahre 1813 die Jahre
… die Freiheit der Kampf
… müssen wir führen, den
… Aufbau verhindern will;
… sicht die Ursachen zum
… bst erblicken will! Aber
… ir erst wahr sein. Der
Kampf, den unsere Partei in erster Linie zu führen berufen ist, ist der Kampf gegen die Lüge der alten Zeit, durch die wir in dies ungeheure Schicksal gekommen sind. Ihn reinen Herzens, erhobenen Hauptes zu führen, das neue Staatsbewußtsein zu basieren auf das neu zu gründende sittliche Bewußtsein, das ist die höchste Aufgabe, die unserer Partei gestellt werden kann. Und wenn wir in diesem Sinne unsere Verhandlungen in Leipzig führen, dann wird der Geist von 1813 bei uns lebendig werden, dann können wir auch der Zukunft gläubigen Herzens vertrauen; denn einem so geläuterten Volk kann kein Schicksal die Freiheit versagen.

Die Drohung mit der militärischen Aktion.

Rotterdam, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Reuterbüro meldet aus Paris: Der große Alliiertenrat wird sich erst am Sonntag über die Maßnahmen schlüssig machen, die von Marschall Foch für die alliierten Armeen verlangt worden sind. Eine nochmalige Note geht nicht an Deutschland ab. — Wie der Mailänder Secolo aus Paris meldet, wird Marschall Foch am kommenden Sonntag die Ermächtigung zur Kündigung des Waffenstillstandes erhalten.

Die Belgier verlangen die Milchkühe.

Brüssel, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Die Medizinisch-chirurgische Gesellschaft wendet sich in einer Resolution gegen den Versuch englischer Personen, die Milchkühe für Deutschland im Interesse der deutschen Kinder zu retten. Die Gesellschaft fordert auf, sich strikte an den Friedensvertrag zu halten.

Keine Grenzschließung Belgiens.

Brüssel, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) „Libre Belgique" dementiert die Nachricht, der zufolge die Grenzen Belgiens gegen Holland und Deutschland geschlossen worden seien.

Die militärisch-politische Zurückziehung der Amerikaner.

Wien, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Das „Neue Acht-Uhr-Abendblatt" meldet: Die Amerikaner ziehen sich nicht nur aus Paris, sondern aus ganz Europa vollständig zurück. Der General und Vertreter Amerikas in Budapest hat bereits seine Abberufung in der Hand und wird sehr bald abreisen. Auch die Wiener amerikanische Mission wird ihre Tätigkeit in den nächsten Tagen abschließen und Europa verlassen. Selbstverständlich bezieht sich dieser Rückzug der Amerikaner in Europa nur auf die politischen und finanziellen Missionen. Die amerikanischen Wohltätigkeitseinrichtungen bleiben dagegen bestehen.

Ein Protest des bayerischen Königs.

München, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Der frühere König von Bayern hat, wie der Bayer. Kur. erfährt, schriftlich nachdrücklich Protest dagegen eingelegt, daß über sein Privateigentum, Marstall, Wagen, Privatgestüt usw., verfügt und die Bestände öffentlich versteigert werden. Der Plan ist infolgedessen aufgegeben worden.

Der Streit um Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Für die Herausgabe des bekannten 3 Bandes der Bismarckschen Erinnerungen sind zwischen dem Vertreter des Kaisers und dem Verlag Cotta Vergleichsverhandlungen eingeleitet worden, die auf eine gütliche Lösung schließen lassen.

Eine Klage gegen die „Freiheit".

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Oberstaatsanwalt Krause teilt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der unabhängig-sozialistischen Zeitung „Freiheit" wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Weißmann und des Staatsanwalts Dr. Zumbusch, enthalten in einem Artikel der Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

Steuerzahlen der Ausländer im besetzten Gebiet.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Wie die „B. Z." meldet, werden die Angehörigen der alliierten Mächte, gemäß einer Entscheidung der interalliierten Rheinlandkommission, soweit sie im Rheinlande leben, alle Steuern und Zölle zu bezahlen haben, wie sie von den Deutschen bezahlt werden. Unter diesen Entscheid fallen auch die zahlreichen ausländischen Niederlassungen mit ihren Millionenumsätzen.

Die Anklage Erzbergers gegen Helfferich.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Mit Rücksicht auf Pressemeldungen teilt der Oberstaatsanwalt Krause mit, hinsichtlich des Strafverfahrens gegen Dr. Helfferich, wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger, daß die Akten mit der Anklage bereits am 9. Dezember d. J. der Strafkammer zur Beschlußfassung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugegangen sind. Die Hauptverhandlung dürfte Ausgang Januar spätestens Anfang Februar nächsten Jahres stattfinden.

Rücktritt des Weimarer Oberbürgermeisters.

Weimar, 11. Dez. Der Oberbürgermeister von Weimar, Dr. Donndorf ist infolge verschiedener ärgerlicher Vorkommnisse und aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückgetreten.

Die Rückkehr der Baltikumtruppen.

Berlin, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Aus Königsberg wird gemeldet: Die deutsche Legion hat Pododki in Stärke von 5000 Mann erreicht. Die Spitze der Eisernen Division hat bei Bayoren, Gorski und Peiskaiven in Gesamtstärke von etwa 6400 Mann die deutsche Grenze überschritten. Die Bahnlinie bis Pododki ist an die Litauer übergeben worden. Die Letten betreiben die Bahnstrecke Libau-Skudi. General Niessel hat ausdrücklich zugesagt, auch nach durchgeführter Räumung nach dem 13. Dezember die deutschen Grenzen nirgends überschreiten werden.

Ein Bündnis Koltschaks mit Japan.

Helsingfors, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Aus Wladiwostock wird berichtet: Die Meldung von einem Bündnis des Generals Koltschak mit der japanischen Regierung wird durch Erklärungen des japanischen Generals Takfasi bestätigt. Japan wird danach Koltschak Truppen senden, ohne daß es eine Kompensation dafür verlangt. Es strebe nur ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland an. (Die Kompensation kommt ganz von selbst, wenn die Japaner erst mal in Rußland sind.)

Englische Arbeiter wollen nach Rußland.

London, 11. Dez. (Priv.-Telegr.) Der Kongreß der „Trade Union" beschloß, von der Regierung die Ausstellung von Pässen für die vom Kongreß nach Rußland zu entsendende Kommission zu fordern. Diese Kommission soll dort eine Untersuchung über die Lage anstellen.

Friedensfragen.

Beratungen der Entente-Noten.

Berlin, 10. Dez. Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten besprach eingehend die letzten Noten der Entente und die darauf zu gebende Antwort. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen wohnte auch der Reichskanzler der Sitzung bei. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Die Antwort auf die letzte Note der Entente unterlag am Mittwoch abend neuerdings der Beratung des Kabinetts. Man hält daran fest, daß sie mit denkbar größter Beschleunigung abgeschickt werden soll. Ob dies aber am Mittwoch noch möglich sein wird, ist zweifelhaft. Unmittelbar nach der Note sollen, wie bereits mitgeteilt wurde, besondere Sachverständige nach Paris entsandt werden, um der Entente die Unmöglichkeit nachzuweisen, die gesamten 400 000 Tonnen sofort auszuliefern. Genannt werden als Führer dieser Kommission Herr v. Simson und als Mitglied u. a. der demokratische Fraktionsvorsitzende Petersen. Indessen hat das Kabinett auch darüber noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen.

Die Alliierten erwarten Antwort in acht Tagen.

Genf, 10. Dez. Ein Havaskommentar zu der Note an Deutschland besagt, daß die Alliierten die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Versailler Vertrag durch Deutschland in angemessener Zeit verlangen. Als angemessene Frist erachten die Alliierten eine Zeitdauer von längstens acht Tagen.

Foch wollte schon marschieren.

Paris, 10. Dez. Über die Vorgänge, die sich in der Sonnabend-Sitzung des Obersten Rates der Alliierten abspielten, wird überall strengstes Stillschweigen bewahrt. Selbst die amerikanischen Journalisten, die sonst von den Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation über alle Beratungen genau unterrichtet wurden, mußten sich diesmal mit Andeutungen begnügen. Mit einiger Sicherheit lassen sich aber die Vorgänge folgendermaßen darstellen:

Freitag hatte Clemenceau die amerikanischen Delegierten zu überzeugen vermocht, daß sie fest zu den Alliierten stehen müßten, wenn nicht das ganze Versailler Friedenswerk auseinanderfallen solle. Das könnten doch die Amerikaner nicht wünschen, da sie damit Wilsons Werk den Todesstoß gäben. Da gleichzeitig aus Washington Meldungen eingetroffen waren, Wilson wolle die Vorbehalte des Senats annehmen, und Clemenceau seinerseits erklärte, Frankreich werde ihnen zustimmen, so glaubte der Führer der amerikanischen Delegation, Polk, dem Ultimatum an Deutschland zustimmen zu können. In diesem Sinne wurde nach Washington gekabelt. Sonnabend morgen trafen aus Washington zwei weitere Nachrichten ein:

1. daß Wilson unheilbar krank sei, und der Senat eine Feststellung herbeiführen wolle, ob er wieder imstande sein werde, die Staatsgeschäfte weiterzuführen;

2. daß das Repräsentantenhaus allen Wirrungen hinsichtlich des Friedens ein Ende machen werde, indem die republikanische Mehrheit den Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklären werde. Diese Nachrichten mußte Polk am Sonnabend dem Obersten Rat der Alliierten mitteilen, wodurch eine völlig neue Lage geschaffen war. Marschall Foch und Polk wurden gebeten, das Sitzungszimmer zu verlassen. Die bereits beschlossene Note an Deutschland wurde abgeändert. Der neuen Note wurde der Charakter eines präzisen kurzfristigen Ultimatums genommen und formale Zugeständnisse hinsichtlich des Schlußsatzes des Protokolls gemacht. Daß der Text dieser Note nicht bereits Sonnabend der deutschen Delegation verlautbart wurde, hat seinen Grund darin, daß Polk erklärte, nicht mehr auf eigene Faust handeln zu können, sondern die Note erst nach Washington zu kabeln, damit sie von Lansing und Marshall gebilligt werde. Wenn Clemenceau sich bestimmen ließ, von Fochs Plänen abzurücken, so hat daran zweifellos auch die niederschmetternde Nachricht Anteil, die Loucheur aus London mitbrachte. Nicht einmal Versprechungen wegen Kohlen oder Geldhilfe gab man ihm. Auf die englisch-französische Freundschaft fiel jedenfalls ein kalter Wasserstrahl. „Eclair" macht England dafür verantwortlich, daß Fochs Wille nicht durchdrang, und der Waffenstillstand nicht sofort aufgekündigt wurde.

Ein neutrales Urteil über die Politik der Entente gegenüber Deutschland.

Basel, 11. Dez. Zu den beiden letzten Ententenoten schreibt die „Basler Nationalzeitung" u. a.: Von Deutschland wird die Übergabe auf Gnade oder Ungnade verlangt. Das Recht wird ihm verweigert. Deutschland hat mit furchtbarer Enttäuschung sehen müssen, daß der Friede, mit so schweren Opfern unterzeichnet, seine Lage nur verschlechtert. Die Ansicht, daß es schlimmer nicht mehr kommen kann, ist in Deutschland allgemein. Der Entente wünscht man mit Recht die volle Verantwortung aufzuladen, wobei sie bald erfahren dürfte, daß sie in eine Sackgasse geraten ist. England sei schon ernüchtert und sehe Frankreichs Absicht, im Rheinland eine Protektoratsrepublik zu errichten und die Industrie zu kontrollieren, mit scheelen Augen an. Die Entente spiele ein sehr gefährliches Spiel, das zu einer raschen Krise im brüchigen Verband führen könne. Bald werde sich entscheiden, ob Deutschland ein Ende mit Schrecken oder einen Schrecken ohne Ende will.

Ankündigung einer Note über das Baltikum.

Der „Lyoner Progres" meldet aus Paris: Im Anschluß an die bisherigen Noten ist eine weitere Note an Deutschland über die Baltikumfrage in Beratung des Alliiertenrates. Auch die neue Note unterliegt noch den Bestimmungen des Waffenstillstandes.

*

Neutrale Fürsprache für unsere Kriegsgefangenen.

Die Baseler Preßinformation meldet aus Paris: Von neutraler Seite sowie von pazifistischen Vereinen aus aller Welt wurde beim Obersten Rat angeregt, die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich das Weihnachtsfest in Freiheit begehen zu lassen und ihnen über die Feiertage jede Art von Erleichterungen zu gewähren. Die amerikanischen und italienischen Delegierten haben den neutralen Vorschlag befürwortet.

Der Untersuchungsausschuß der Entente.

Die „Times" melden aus Paris: Der Untersuchungsausschuß über die deutschen Verbrechen im Kriege ist am Sonnabend im Alliiertenrat gebildet worden. Der Ausschuß wird auf 40 Mitglieder gebracht werden und sofort nach der Ratifikation des Friedens seine Tätigkeit beginnen.

Vor Aufhebung der Ostseeblockade?

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Oberste Rat beabsichtigt die Ostseeblockade in den nächsten Tagen aufzuheben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191212-11/fragment/page=0007
DFG